

Wer steht auf Seiten der Verteidigung vor russischen Gerichten?

Khodzhayeva, Yekaterina; Kazun, Anton; Yakovlev, Andrei

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Khodzhayeva, Y., Kazun, A., & Yakovlev, A. (2015). Wer steht auf Seiten der Verteidigung vor russischen Gerichten? *Russland-Analysen*, 296, 12-17. <https://doi.org/10.31205/RA.296.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

ZIVILGESELLSCHAFT UND MASSENORGANISATIONEN ZUR SITUATION IM RECHTSWESEN

■ ANALYSE		
	Fallstricke der Kremlschen <i>Vox Populi</i> : Die Allrussische Volksfront	2
	Jussi Lassila, Helsinki	
■ ANALYSE		
	Wie kann die russische Zivilgesellschaft in unruhigen Zeiten unterstützt werden?	
	Antworten aus einer Stakeholder-Befragung	7
	Konstantin Kehl, Benjamin Kummer, Volker Then, Berlin und Heidelberg	
■ ANALYSE		
	Wer steht auf Seiten der Verteidigung vor russischen Gerichten?	12
	Andrei Yakovlev, Anton Kazun, Yekaterina Khodzhayeva, Moskau und St. Petersburg	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
	Von Agenten, unerwünschten Organisationen und ihren Folgen	17
	Jens Siegert, Moskau	
■ UMFRAGE		
	Staat und Gesellschaft in russischen Umfragen	21
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
	Der Tag des Sieges – National- oder Volksfeiertag?	27
■ CHRONIK		
	7. – 21. Mai 2015	30

Fallstricke der Kremlschen *Vox Populi*: Die Allrussische Volksfront

Jussi Lassila, Helsinki

Zusammenfassung

Die »Allrussische Volksfront« (russ.: »ONF«) hat sich im Laufe der dritten Amtszeit von Präsident Putin zur wichtigsten präsidentenfreundlichen Organisation entwickelt. Die Entwicklung, die die ONF vom Wahlkampfinstrument der Kremlpartei »Einiges Russland« im Jahr 2011 bis in die Gegenwart durchlaufen hat, zeigt, dass es der Volksfront mit Blick auf die Unterstützung durch die Bevölkerung an einer klaren Agenda fehlt. Ihre Taktik und ihr Diskurs sind für hybride Regime wie das in Russland typisch. Zur Steigerung der politischen Legitimität geht die Volksfront im Allgemeinen mit oppositioneller Kritik konform, während sie sich gleichzeitig auf Putins unstrittige Führungsrolle in der Gesellschaft stützt. Die nur reagierende Haltung der Volksfront gegenüber gesellschaftlichen Problemen, insbesondere der Korruption, macht ungeachtet Putins allgemeiner Dominanz deutlich, dass es dem Kreml an Hegemonie über den politischen Diskurs mangelt.

ONF reagiert auf soziale Probleme

Mitte September 2013 begann eine Gruppe von Müttern aus Wolgograd und Umgebung, deren Kinder mit Behinderungen leben, einen Hungerstreik als Protest gegen die Behörden der Stadt, die anscheinend nicht in der Lage waren, eine Antwort auf die Wut und die Verzweiflung der Mütter zu finden. Rund zwei Wochen später schloss sich eine Gruppe von Müttern kinderreicher Familien dem Protest an, so dass sich nun 39 Personen im Hungerstreik befanden. Die extremen Mittel der Gruppe zur Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit für ihre Probleme wurden durch die Forderung der Kremlpartei »Einiges Russland« nach einem Rücktritt des Wolgograder Gouverneurs Sergej Boshenow kanalisiert. Rund eine Woche nach der Ausweitung des Hungerstreiks informierte der Sender »Fünfter Kanal« in einer Meldung mit der Überschrift »Sozialer Hunger«, dass es gelungen sei, den Hungerstreik zu unterbrechen; allerdings wurde auch gesagt, dass »weitere Entscheidungen getroffen werden müssten, um die Situation zu bereinigen«. Über das Anliegen der Mütter wurde ausführlich berichtet, wobei auch erwähnt wurde, dass Tausende kinderreicher Familien in der Region die Protestierenden unterstützen würden. Die Schuld wurde eindeutig bei den Behörden vor Ort gesehen, die es nicht vermocht hatten, föderale Gesetze zu befolgen. Es wurde berichtet, dass die Allrussische Volksfront (ONF) die Instanz sei, die zur vorläufigen Lösung beigetragen habe. Sie habe »bereits bei ihrem Treffen im März ein föderales System zur Rehabilitation behinderter Kinder gefordert«.

Erzeugung autoritärer Legitimität

Die Ereignisse in Wolgograd und die Art und Weise, in der die breitere Öffentlichkeit darüber informiert wurde, ist ein greifbares Beispiel für hybride Regierungsführung. Während hinsichtlich autoritärer Herr-

schaft und Demokratie weltweit alle Gemeinwesen in einem gewissen Maße hybrid sind, stellt Russland unter Putin einen paradigmatischen Fall für diese Art Hybridität dar. In Putins Herrschaftssystem wird im Grunde versucht, autoritäre Legitimität mit Hilfe von demokratisch verbrämten Institutionen und verstecktem Zwang zu erreichen, und nicht durch offene Repression. Dieses Prinzip bringt das Dilemma mit sich, dass demokratische Institutionen (zum Beispiel Wahlen, halbfreie Medien, Bürgerrechte, ein selektives Recht auf Demonstrationen) neben ihrem Legitimierungspotential auch ein ständiges »demokratisches Risiko« für das autoritäre Regime bedeuten. Die massiven Proteste nach den Parlamentswahlen im Dezember 2011 sind ein plastisches Beispiel für diese Risiken. Im Falle Russlands ist eine der entscheidenden Fragen, wie die politischen Prozesse gestaltet werden, mit denen der Kreml dieses Dilemma zu lösen sucht. Nikolaj Petrow, Maria Lipman und Henry Hale zufolge (s. Lesetipps) bestanden hierbei die zentralen Mittel des Kreml in der Tendenz, »die formalen Institutionen auszuhöhlen, [...] ›Substitute¹ einzuführen und die zunehmende Kontrolle – selbst bei Entscheidungen von anscheinend geringer Bedeutung – immer stärker zu zentralisieren und zu personalisieren, und zwar in der Hand und der Person des obersten

¹ Hervorhebung durch Petrow, Lipman, Hale; sie geben in ihrer Arbeit folgende Definition (S. 10): »Die russischen Behörden sind durch ein ausgefeiltes System von Substituten ausgeglichen worden. Für anscheinend jede größere Institution der Demokratie, die von der Regierung in den letzten Jahren geschwächt wurde, sind ein oder mehrere Substitute errichtet worden, die den Zweck haben, zumindest einige der den [nun geschwächten] Institutionen abhanden gekommenen, die Fähigkeiten des Staates stärkenden Funktionen zu übernehmen, oder aber dazu dienen sollen, andere Substitute oder womöglich verbleibende demokratische Institutionen zu regulieren oder auf gewisse Art zu zügeln.«; d. Red.

Anführers«. Gleichzeitig sollten diese Prozesse nicht zu repressiv geraten, da sie bei den Bürgern sonst Unzufriedenheit auslösen können. So gesehen demonstriert die eklatante und intensive antiwestliche Propaganda während der Ukraine-Krise seit 2014 einen mehr oder weniger »klassischen Trick« eines autoritären Führers, der sich zunehmenden inneren Problemen und schwindender Unterstützung gegenüber gestellt sieht und die öffentliche Aufmerksamkeit auf externe Bedrohungen lenkt. Betrachtet man, wie sich die Unterstützung für Putin im Laufe des Jahres 2014 erholt hat, war dieses Manöver erfolgreich. Der folgende kurze Überblick über die Position der ONF als arrangierte unabhängige Volksbewegung illustriert jedoch, dass Putins Russland trotz der repressiven, autoritären Tendenzen, keine diskursive Hegemonie über die Gesellschaft ausübt.

Putins Vision der Volksfront

Am 6. Mai 2011 verkündet Wladimir Putin, Ministerpräsident Russlands und Anführer – wenn auch nicht Mitglied – von »Einiges Russland«, die Idee zur Gründung einer Volksfront im Umfeld der Partei. Die Ankündigung erfolgte in Wolgograd, wo »Einiges Russland« eine interregionale Konferenz abhielt, und zwar, so Putin, nicht zufällig in Wolgograd: »Wie hätten wir ohne Stalingrad siegen können?« Neben der patriotischen Symbolik der Kampagne wurde die Idee einer Volksfront mit den bevorstehenden Dumawahlen im Dezember 2011 verbunden. Aus Sicht des Kreml erfolgte im Januar 2011 im bestehenden pseudo-parlamentarischen System eine beunruhigende Veränderung, als die Umfragewerte von »Einiges Russland« innerhalb eines Monats auf 35 Prozent fielen; im Dezember 2010 hatten sie noch bei 45 Prozent gelegen. Mit Blick hierauf war es Putins Ziel, bei den bevorstehenden Wahlen durch Gründung der Volksfront einen eindeutigen Sieg für die Partei [»Einiges Russland«] sicherzustellen. Laut Putin sollten »auch Nichtmitglieder, Mitglieder von Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendbewegungen und anderen gesellschaftlicher Organisationen sowie engagierte und nicht gleichgültige Bürger zu den Kandidaten der Partei gehören«. Als politische Vision griffen Putins Ansichten jene Ideen wieder auf, die der Kreml bereits 2005 bei der Umsetzung regierungsfreundlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen wie der Gesellschaftskammer oder der Jugendbewegung »Naschi« präsentiert hatte; diese Initiativen sollten scheinbar progressive Bürger in eine Linie mit dem Staat bringen. Insgesamt spiegelt Putins Vision von einer Volksfront innerhalb der herrschenden Partei eine generelle Sorge der Machthaber in hybriden Systemen wider, nämlich das ständige Bedürfnis, die Unterstützung in der Bevölkerung für das Regime zu maximieren,

mit dem Ziel die hegemoniale Machtposition sicherzustellen, ohne dabei die Fassade von politischem Wettbewerb (also von Demokratie) aufgeben zu müssen.

Parallel zur Legitimitätskrise von »Einiges Russland« nach den Dezemberwahlen 2011 war auch das Image der ONF in der Öffentlichkeit miserabel. Das erste Jubiläum der Volksfront im Mai 2012 geriet zu einem Fiasko, als nur einige Hundert statt der erwarteten Zehntausenden Teilnehmern kamen. Der zweite Jahrestag der Volksfront im Mai 2013 brachte keine merklichen Veränderungen, auch wenn Putin zum Anführer der ONF gewählt wurde. Einer Umfrage des Lewada-Zentrums zufolge schätzten im Juli 2013 nur 26 Prozent der Befragten die Ideen der ONF als »frisch« ein (33 Prozent waren der entgegengesetzten Ansicht, und 38 Prozent wollten oder konnten nicht antworten).

Von der Interaktion mit dem Volk zur personalisierten Kontrolle

Am 6. Mai 2013 verkündete die ONF über RIA Nowosti, dass »die ONF aus Anlass des [zweiten] Jubiläums eine neue Website zur Diskussion mit den Bürgern schalten« werde (<http://onf.ru>). Andrej Botscharow, einem Mitglied der Volksfront zufolge, »wird die Front mit der neuen Website zu einem offenen und direkten Kanal zwischen Volk und Präsidenten werden« (ebenfalls auf RIA Nowosti). Auf der Website wurde im Juni 2013 ein sichtbarer Appell platziert, zusammen mit einem Aufruf, einen »Brief an die Front« zu schreiben, »über Themen aus ihrer Region« (s. Abb. 1 auf S. 5), was eine Art umgedrehte Anspielung auf ein bekanntes Phänomen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges war. Zusätzlich bot die Website in jener Zeit eine Plattform für Videogrüße an die Front, einen Aufruf, Themen zur Diskussion vorzuschlagen, und eine Umfrage, die die Besucher aufforderte, ihre Meinung zu Tätigkeiten zu äußern, die die ONF idealerweise angehen sollte. Bis zum Mai 2014 hat es diese Elemente einer mehr oder weniger direkten Interaktion gegeben, doch bereits im Oktober 2014 waren sie wieder entfernt worden.

Wie es aussieht, hat die Volksfront in der zweiten Jahreshälfte 2014 Abstand von dem Versuch einer offenen Interaktion mit den Bürgern genommen und dies durch einen Mix ersetzt, bei der die von der ONF vorgenommene soziale Steuerung gewissermaßen »den wahren Willen von Volkes und Präsidenten« demonstrieren soll. Dieser Wandel ist ein konkreter Beleg für die These von Petrow, Lipman und Hale über die politische Tendenz »die zunehmende Kontrolle [...] immer stärker zu zentralisieren und zu personalisieren, in der Hand und Person des obersten Anführers« (s. Abb. 2 auf S. 6). Während in Abbildung 1 Putin nicht in Erscheinung tritt, ist dessen Präsenz in Abbildung 2 nicht zu übersehen.

Absorption von Oppositionsdiskursen

Andererseits weist das am aktivsten betriebene Projekt der ONF, die Antikorruptionskampagne »Für faire [öffentliche] Anschaffungen« (ein Bericht hierzu ist in der Mitte von Abbildung 2 zu sehen) erstaunliche Übereinstimmungen mit dem Diskurs der Opposition über Korruption auf. Bemerkenswert ist auch, dass die ONF die Korruption in den staatlichen Unternehmen nicht leugnet, sondern – wichtiger noch – deren Existenz in einer Weise eingesteht, die mit der von der Opposition vorgebrachten übereinstimmt. Ebenso hält die ONF paradoxerweise ein für das Regime höchst akutes und diffiziles Risiko, nämlich das Problem der Korruption in den Eliten, in der öffentlichen Wahrnehmung aufrecht

Angesichts ihrer reaktiven Haltung gegenüber den vom Regime unabhängigen politischen Diskursen hat die ONF merkbare Schwierigkeiten, eine politische Initiative zu entwickeln, die die Diskurse außerhalb ihrer Kontrolle angehen könnten. So brachte das halb-unabhängige Portal »Gazeta.ru« im Dezember die Meldung, dass die jüngsten Gesetze zur Erhöhung der Transparenz bei öffentlichen Anschaffungen ineffizient seien. Deshalb seien dem Staat durch dubiose Anschaffungen Schäden entstanden, die im Laufe des Jahres 2014 auf 278 Millionen Rubel angewachsen seien. Am selben Tag, wenige Stunden vor der Meldung von »Gazeta.ru« veröffentlichte die ONF auf ihrer Website einen Bericht, dem zufolge »hinsichtlich der Verbesserung der Transparenz bei öffentlichen Anschaffungen es nicht hinnehmbar ist, dass Auftraggeber »ihre eigenen« Lieferanten bevorzugen« (die Umstände legen nahe, dass die ONF über den bevorstehenden Bericht auf »Gazeta.ru« im Bilde war). Somit stimmte die ONF offen in diese Kritik ein, anstatt irgendeine Form von Kritik oder Verteidigung gegen die Sichtweise von Gazeta.ru vorzubringen. Darüber hinaus hatte im März 2014 Alexander Bretschalov, ein Vertreter der ONF, diese Gesetze kritisiert, indem er deren offensichtliche Wirkungslosigkeit prognostizierte. Jetzt, wo sich seine Prognose als richtig herausgestellt hat, bezieht sich die ONF nicht auf Bretschalows

frühere Einschätzungen, sondern schließt sich einfach der Kritik von Gazeta.ru an. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Grund hierfür in dem Umstand zu sehen, dass der Anführer der Volksfront, der Präsident Russlands, derjenige ist, der als letzte Instanz die Gesetze unterzeichnet (auch die, um die es hier ging).

Schlussfolgerung

In einer Zeit, in der in Russland die Aussichten für die Zivilgesellschaft und für demokratische Freiheiten schwinden, stellt die ONF als zentrale gesellschaftliche Organisation keine im Trend liegende explizit autoritäre Alternative dar. Es ließe sich im Gegenteil argumentieren, dass insofern, als der Kreml zur Legitimierung seiner Herrschaft eine demokratische Fassade aufrecht erhält, die ONF verdeutlicht, dass der Umgang mit Oppositionsthemen oder Fragen, die letztlich für das Regime riskant werden können, als weniger belastend betrachtet werden, als ein systematischer Übergang zu autoritärer Repression. Gleichzeitig demonstriert allein die Existenz eines Gebildes wie der ONF, dass das Regime weiterhin daran glaubt, dass eine Investition in solche, auf den Kampf um den politischen Diskurs ausgerichtete Strukturen sinnvoll ist. Die ONF kann als eine *ad hoc* gebildete Struktur bezeichnet werden, die die Modernisierungsinitiative des Regimes in Russland aufrechterhalten sollte. In Bezug auf das drängende Problem der Korruption kommt eine Leugnung dieses Problem nicht in Frage, wenn politische Legitimität gewonnen werden soll. Daraus folgt, dass für die ONF der einzige Weg darin besteht, als jemand dazustehen, der Kritik von Seiten der Bürger oder der Opposition schnell aufgreift. Das ist wohl kaum die ursprüngliche Idee bei der Gründung der Volksfront gewesen. Wenn es unter den gegenwärtigen Bedingungen in Russland irgendeine Aussicht auf weitere Demokratisierung gibt, dann kann die in dem Dilemma gefunden werden, das sich das Regime durch die demokratische Fassade selbst geschaffen hat.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Jussi Lassila ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Postdoc) am Aleksanteri-Institut der Universität Helsinki. Zu den Kerngebieten seiner Forschungstätigkeit gehören Analysen politischer Diskurse, postsowjetische Identitätspolitik und politische Kommunikation. Seine Beiträge sind in Sammelbänden und zahlreichen wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen, unter anderem in *Canadian Slavonic Papers*, *Demokratisazija* und der finnischen *Review of East European Studies*.

Lesetipps

- Gel'man, Vladimir: Cracks in the Wall. Challenges to Electoral Authoritarianism in Russia, in: *Problems of Post-Communism*, 60.2013, Nr. 2, S. 3–10.
- Lassila, Jussi: The Quest for an Ideal Youth in Putin's Russia II. The Search for Distinctive Conformism in the Political Communication of Nashi, 2005–2009, 2., überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart: Ibidem 2014.

- Petrov, Nikolay, Maria Lipman, Henry Hale: Three dilemmas of hybrid regime governance. Russia from Putin to Putin, in: Post-Soviet Affairs, 30.2014, Nr. 1, S. 1–26.
- Richter, James: Putin and the Public Chamber, in: Post-Soviet Affairs, 25.2009, Nr. 1, S. 39–65.
- Rose, Richard, William Mishler, Neil Munro: Popular Support for an Undemocratic Regime. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2011.
- Smyth, Regina, Anton Sobolev, Irina Soboleva: A Well-Organized Play. Symbolic Politics and the Effect of the Pro-Putin Rallies, in: Problems of Post-Communism, 60.2013, Nr. 2, S. 24–39.

Abb. 1: Screenshot der Website der ONF vom 13. Juni 2013

Oben links: »Sich der Volksfront anschließen | Brief an die Front | Schreiben Sie uns, was in Ihrer Stadt oder Ihrem Bezirk geschieht, über Heldentaten und Probleme, über Ihre Initiativen.«

Mitte links: »Video-Botschaft | Wenn Sie sich mit einem Vorschlag, einem Wunsch oder einer Frage an uns wenden wollen – hier gibt es dafür eine Plattform.«

Abb. 2: Screenshot der Website der ONF vom 19. Dezember 2014

Новости фронта

- 19.12 ONF: Число тендеров на новогодние корпоративы за госсчет уменьшилось в четыре раза
- 19.12 ONF в Курганской области провел для граждан День финансовой грамотности
- 19.12 ONF: Крым может стать национальным центром реабилитации инвалидов
- 18.12 ONF будет добиваться прозрачности расходования бюджетных средств при ремонте усадьбы Домотканово
- 18.12 Багченко: Проблемы реформы здравоохранения в Москве будут обсуждаться на медицинском форуме ONF

[Вся лента](#)

Новости дня

- 19.12 В Москве 20 декабря откроется 244 елочных базара
- 19.12 Хоккеисты сборной России победили финнов со счетом 2:0 на Кубке «Первого канала»
- 19.12 Ракета-носитель со спутником «Кондор-Э» стартовала с Байконура
- 19.12 Россиянин Даниил Квят признан лучшим новичком года по версии F1Racing

[Вся лента](#)

Бесплатное приложение для Android и iOS

Google play Available on the App Store

ЛИДЕР ONF

- Путин провел встречу с Романо Проди
- Путин поздравил еврейскую общину России с праздником Хануки
- Путин примет участие в сессии Совета коллективной безопасности и заседании Высшего евразийского экономического совета 23 декабря
- Путин выразил соболезнования народу Пакистана в связи с терактом в школе в Пешаваре
- Путин в телефонном разговоре с Меркель, Олландом и Порошенко обсудил кризисную ситуацию на Украине
- Путин провел встречу с главой Торгово-промышленной палаты Сергеем Катыриным
- Путин поздравил президента Казахстана Назарбаева по случаю Дня независимости

[Вся лента](#)

ОНФ: Число тендеров на новогодние корпоративы за госсчет уменьшилось в четыре раза

19 декабря 2014 13:44

Эксперты проекта ONF «За честные закупки» проанализировали тендеры на проведение новогодних мероприятий и выявили позитивную тенденцию. Число елающих встретить Новый год за госсчет по сравнению с прошлым годом сократилось в четыре раза. Однако некоторые компании всё же сочли возможным потратить на развлечения каждого участника корпоративного празднования от 11 до 20 тыс. рублей.

[Лента главных новостей](#)

подскасты [Лента подкастов](#)

ОНФ будет добиваться передачи Томской области недействующего лагеря «Голубка» для нужд реабилитации инвалидов

02:42

[Подписаться на подкасты](#)

послание президента федеральному собранию

4 декабря 2014

Spalte rechts: »# | Putin traf sich mit Romano Prodi | Putin gratulierte der jüdischen Gemeinde zum Chanukka-Fest | Putin wird am 23. Dezember an der Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit und der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates teilnehmen | Putin kondolierte dem pakistanischen Volk aus Anlass des Terroranschlags auf eine Schule in Peschawar | Putin erörterte telefonisch mit Merkel, Hollande und Poroschenko die Krisensituation in der Ukraine [...]«

Unten: »Rede des Präsidenten vor der Föderalen Versammlung | 4. Dezember 2014«

Wie kann die russische Zivilgesellschaft in unruhigen Zeiten unterstützt werden?

Antworten aus einer Stakeholder-Befragung

Konstantin Kehl, Benjamin Kummer, Volker Then, Berlin und Heidelberg

Zusammenfassung

In jüngerer Vergangenheit wird viel über die Rolle und die Entwicklungspotenziale der russischen Zivilgesellschaft diskutiert. Auf der Grundlage von zehn Experteninterviews entwickeln wir im vorliegenden Beitrag Ideen, wie gemeinwohlorientierte Strukturen und bürgerschaftliche Impulse durch Capacity-Building-Ansätze für soziale Dienstleistungsorganisationen unterstützt werden können.

Einleitung

Im Schatten der Ukraine-Krise und gesetzgeberischer Entscheidungen in Moskau, die den gemeinwohlorientierten Sektor in Russland zunehmend auf die Formel »Sozial vs. politisch« bringen, wird im Westen wieder viel über die Rolle und die Entwicklungspotenziale der russischen Zivilgesellschaft diskutiert. Nach dem Agentengesetz von 2012 wurden erst im vergangenen Jahr neuerliche Regelungen verabschiedet, die der Unterscheidung von »sozial orientierten« und »politischen« Organisationen dienen sowie die Feststellung von »Agententätigkeiten« erleichtern sollen. All dies kann als Versuch der Differenzierung zwischen einer »guten« und einer »schlechten« Zivilgesellschaft interpretiert werden. Für manche Beobachter der aktuellen Entwicklungen ist es deshalb naheliegend, dass Initiativen und Organisationen im Umfeld der Oppositionsbewegung unterstützt werden müssen. Fragt man Vertreter von Organisationen, die vor Ort karitative Arbeit leisten oder anderweitig zur Lösung sozialer Probleme beitragen, wie ihnen geholfen werden kann, erschließen sich jedoch durchaus alternative Strategien (die auch von sachkundigen Kennern der russischen Zivilgesellschaft vorgebracht werden). Diese Strategien setzen im Grundsatz darauf, entlang der Unterscheidung zwischen (sozialen) Dienstleistungsorganisationen und im weiteren Sinne politischen Akteuren die professionellen Handlungskapazitäten der ersteren zu erhöhen.

Zivilgesellschaft und Dritter Sektor in Russland

Die Begriffe *Zivilgesellschaft* und *Dritter Sektor* werden oft synonym verwendet, obwohl sie zwei unterschiedliche Facetten bürgerschaftlicher Selbstorganisation und zwei organisationale Handlungsorientierungen beschreiben: Das Konzept des Dritten Sektors im Sinne sozialer Dienstleistungserstellung fokussiert auf nicht-staatliche und nicht-marktorientierte (Non-Profit-) Organisationen, die mit sozialen und karitativen Diensten zum Gemeinwohl beitragen, ohne primär auf wirtschaftliche Erträge

ausgerichtet zu sein. Der Terminus Zivilgesellschaft verweist hingegen stärker auf ein politisches Verständnis, das die Rechte und die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger – individuell, aber auch in organisierter Form – betont, sich für ihr Gemeinwesen und ihre Interessen und Werte zu engagieren. Dieser Handlungstypus von »Non-Governmental Organisations« (NGOs) kann in allererster Linie von staatlichen Hierarchien abgegrenzt werden.

Die beiden Konzepte verweisen auf die Pole eines *idealtypischen* Kontinuums, zwischen denen sich gemeinwohlorientierte Organisation ausbildet. Während der Dritte Sektor »systemfunktional« auf die Sektor-Koordinaten zwischen Staat, Markt und Familie verweist, bezieht sich das Zivilgesellschaftskonzept – eher handlungs- und interaktionsorientiert – auf Fragen der Selbstorganisation, Mitbestimmung und Themenanwaltschaft. Dabei stehen die beiden Deutungsweisen nicht in Konflikt zueinander, sondern betonen das jeweils prägende Leitbild im öffentlichen Diskurs. Einzelne Organisationen entsprechen deshalb in der Regel nicht ausschließlich einem Typus, sondern kombinieren in ihren Handlungsweisen und Satzungszielen Elemente beider Konzepte in unterschiedlichen Mischungen. Zum Zwecke der Komplexitätsreduktion können sie jedoch dem einen oder anderen handlungsleitenden Prinzip zugeordnet werden.

Wir nutzen diese Differenzierung, um eine analytische Schneise durch die Größe und Heterogenität der Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors in Russland zu schlagen. Wir nehmen also an, dass ein großer Teil gemeinwohlorientierter Organisationen in Russland dadurch gefasst werden kann, dass zwischen zwei Organisationstypen unterschieden wird:

1. Organisationen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie *soziale Dienstleistungen* z. B. in der Altenhilfe, Armenfürsorge oder Suchtprävention erbringen, die alternativ von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, marktförmigen Unternehmungen und auch informell von Privatpersonen bereitgestellt werden (s. Anheier: Nonprofit Organizations... in den Lesetipps).

2. Organisationen, die im weiteren Sinne als *politisch* bezeichnet werden können, da sie sich in der öffentlichen Debatte und in konkreten Entscheidungsfindungsprozessen entweder direkt für bestimmte Anliegen, Interessen, soziale Gruppen usw. einsetzen *oder* indirekt auf eine Veränderung von Problemwahrnehmungen und -deutungen hinwirken, indem sie öffentliche Räume für den gemeinschaftlichen Vollzug von Lebensstilen und das Ausleben von persönlichen Neigungen, Überzeugungen und Weltanschauungen – d. h. letztlich Voraussetzungen für die Akkumulation von sozialem und kulturellem Kapital – schaffen. Solche Organisationen verhelfen einem Zivilgesellschafts-Verständnis zu seinem Recht, dem es darum geht, politisch-öffentliche Interaktion für das Private zu öffnen (s. Offe: *Civil society and social order...* in den Lesetipps).

In Russland hat sich über die vergangenen zwei Jahrzehnte ein breites Spektrum von Organisationen herausgebildet, die sich mit den unterschiedlichsten Fragen des Gemeinwohls beschäftigen. Im Gegensatz zu den primär sozial und karitativ tätigen Organisationen des Dritten Sektors, die von Staatsseite mittlerweile wohlwollend gefördert werden, haben es genuin zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund von historisch-kulturellen Mustern (insbesondere als Folge der Sowjetzeit) wie auch der aktuellen politischen Großwetterlage schwer, sich zu behaupten. Beobachter im Westen stellen sich deshalb die Frage, wie die russische Zivilgesellschaft gefördert werden kann, ohne die sozialen und politischen Gegebenheiten im Land zu ignorieren und eine normativ aufgeladene (westliche) Vorstellung von Gemeinsinn und Zivilgesellschaft importieren zu wollen.

Es wäre zu kurz gegriffen, angesichts der Probleme mancher Organisationen auf die Notwendigkeit der Unterstützung *ausschließlich* politisch aktiver Organisationen etwa im Umfeld der Oppositionsbewegung oder im gewerkschaftlichen Bereich zu schließen. Der Erfolg, den man sich von solchen Strategien versprechen könnte, wäre unsicher, in jedem Fall schwer messbar, höchstwahrscheinlich auch mit Risiken verbunden. Die Alternative wäre eine langfristig angelegte Unterstützung sektoraler Infrastrukturen im Sinne eines umfassenden *Capacity Buildings*, das sich über die Unterstützung etablierter Dienstleistungsstrukturen hinaus indirekt auch zivilgesellschaftlich (d. h. im Sinne der Fortentwicklung von öffentlichen Freiräumen für bürgerschaftliche Selbstorganisation und einer spezifisch-russischen Gemeinwohltkultur) auszahlen kann. Diesen Schluss legt unsere Studie auf der Grundlage von zehn leitfadengestützten Interviews nahe, die wir im vergangenen Jahr (2014) mit ausgewiesenen Experten aus Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), karitati-

ven Trägern und Forschern – größtenteils aus Moskau und/oder mit einem entsprechend großstädtischen und »politischen« Blick – zur Zivilgesellschaft und dem Dritten Sektor in Russland geführt haben (s. Kehl, Kummer, Then: *Wahrnehmungen zivilgesellschaftlicher Strukturen...* in den Lesetipps).

Die Schwäche gesellschaftlichen Engagements

In der Wahrnehmung von *Stakeholdern* der russischen Zivilgesellschaft – d. h. Akteuren, die als Vertreter von Stiftungen, NGOs und karitativen Organisationen ein Interesse an der russischen Zivilgesellschaft haben und/oder als sachkundige Experten Auskunft über Wahrnehmungen im Feld geben können – gilt es als unumstößliche Tatsache, dass nicht zuletzt die Sowjetunion tiefe Spuren im kollektiven Selbstverständnis und in den institutionellen Voraussetzungen für Formen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation hinterlassen hat. Die politisch-zivilgesellschaftliche Kultur ist geprägt von der starken Rolle des Staats und einem bürgerschaftlichen Selbstverständnis, dem es weitgehend fremd ist, sich über lokale und persönliche Kontexte hinaus für das Gemeinwohl zu engagieren. Demzufolge gibt es in Russland bis heute einerseits nur geringen Freiraum für gesellschaftliche Selbstorganisation, andererseits wird dieser dort, wo er existiert, seitens der Bevölkerung nicht notwendigerweise ausgefüllt. Das belegen Zahlen, wonach nur rund 6% der russischen Bevölkerung regelmäßig Geld an zivilgesellschaftliche (bzw. Dritte-Sektor-) Organisationen spenden – ein im Vergleich mit anderen Staaten denkbar niedriger Wert –, und sich nicht einmal jeder fünfte Russe regelmäßig freiwillig engagiert (s. CAF: *World Giving Index 2013...* in den Lesetipps). Die zivilgesellschaftliche Sphäre zwischen dem Staatlichen, der Ökonomie und dem Privaten scheint sich im russischen Selbstverständnis kulturell (noch) nicht etabliert zu haben. Einer unserer Gesprächspartner sagte hierzu:

»Das ist ein Erbe der sowjetischen Zeit, dass die Gesellschaft nicht daran gewöhnt ist, dass man überhaupt was zwischen Staat und Privatleben machen kann. Also dieser Freiraum, der war ja bislang nicht bekannt!«

Und ein anderer Studienteilnehmer spitzte es wie folgt zu:

»Ich glaube, dass es in unserer Mentalität – in der Mentalität der russischen Bevölkerung – das Konzept einer ›Zivilgesellschaft‹ nicht gibt.«

Fehlentwicklungen in den Transformationsjahren

Hinzu kommt: Die Transformationsjahre haben der russischen Gesellschaft zuvor nicht gekannte Freiheiten beschert, zugleich jedoch auch weite Teile der Bevölke-

rung in hohem Maße verunsichert. Die neue Freiheit wurde begleitet von einer Rechtsunsicherheit, die viele Menschen mehr ängstigte, als dass sie ihr Engagement förderte. Die Entwicklung des Dritten Sektors in den 1990er Jahren wurde daher maßgeblich von ausländischen Stiftungen angestoßen, die Aufbauarbeit leisteten und Fördergelder ins Land brachten. Diese Unterstützung beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Struktur und Kultur folgte nicht selten dem normativen Leitbild der fördernden Institutionen aus dem Westen; ein gutgemeintes Engagement, das jedoch oft missionarischen Charakter annahm. Daneben geriet der Sektor aufgrund von »Fake«-Organisationen ins Zwielicht, die im Kern private, kommerzielle, zuweilen auch kriminelle Zwecke verfolgten. Das ohnehin schwache Vertrauen der Bevölkerung in den Sektor nahm weiter ab; zugleich wurde das Engagement ausländischer Stiftungen in der russischen Gesellschaft kritisch diskutiert. In unseren Interviews liest sich das beispielsweise folgendermaßen:

»Und es gibt sehr wenig Vertrauen unter den Menschen. Das ist etwas, was ich auch gemerkt habe in meiner Arbeit: Wenn jemand fremdes von außen kommt und sagt: ›Lasst uns mal dafür jetzt einsetzen‹, dann haben die Leute kein Vertrauen, dass das wirklich gut ist, dass da nicht jemand damit Geld verdienen will, dass daraus nicht jemand seinen Vorteil ziehen will, sondern dass es wirklich um den Anderen geht, um den Nächsten geht, um etwas Gutes. Und das gleiche gilt auch für Organisationen.«

Dennoch: Laut Mersijanowa und Jakobson (s.: Das Engagement der Bevölkerung ... in den Lesetipps, S. 10) gibt es rund 136.000 Organisationen in Russland, die explizit dem Dritten Sektor zugerechnet werden können. Dabei handelt es sich vor allen Dingen um kleine Organisationen, von denen viele Schwierigkeiten haben, sich zu finanzieren. Große, finanziell abgesicherte Akteure sind die Ausnahme.

Soziale Dienstleister versus politische Themenanwälte?

Analysiert man den Dritten Sektor und die zivilgesellschaftlichen Strukturen entlang der beiden eingangs dargestellten Typen – als einen Bereich sozialer Dienstleister oder politischer Themenanwälte – so kann man einige wenige Organisationen identifizieren, die sich explizit politischen Themen widmen oder sich öffentlich systemkritisch äußern (wie beispielsweise Menschenrechtsorganisationen). Viel größer ist aber die Zahl der Organisationen, die sich als soziale Dienstleister den *Wohlfahrtsberausforderungen* des Landes widmen. Diese (von der Regierung so genannten) »sozial orientierten« Organisationen konnten sich über ihre Arbeit in den vergangenen Jahren ein immer besseres »Standing« innerhalb der Öffentlichkeit erarbeiten und

damit auch verloren gegangenes Vertrauen in den Sektor zurückgewinnen.

Allerdings hat sich das politische Klima dem Dritten Sektor gegenüber während der Präsidentschaft Putin verändert und ausdifferenziert. Auch der politische Umgang mit der Zivilgesellschaft lässt sich dabei anhand der Kategorien der sozialen Dienstleistung einerseits, wie auch der politischen Themenanwaltschaft andererseits gut darstellen: »Sozial orientierte« Organisationen haben inzwischen die Möglichkeit, in nicht unerheblichem Maße staatliche Fördergelder zu erhalten. Organisationen, die sich um die Einhaltung rechtsstaatlicher Strukturen bemühen oder sich kritisch mit der Regierungsarbeit auseinandersetzen, werden nach Ansicht unserer Interviewpartner hingegen scharf kontrolliert und in ihrer Arbeit behindert.

Während die Regierung Jelzin in den 1990er Jahren offenbar nicht viel *für*, aber auch nicht viel *gegen* die Organisationen des Dritten Sektors in Russland getan hat, konnten sie im Verlaufe der Präsidentschaft Putins stark an Aufmerksamkeit gewinnen (s. Henderson: Civil Society in Russia ... in den Lesetipps). Putin verweist in vielen seiner Reden auf die Bedeutsamkeit des Dritten Sektors, wobei sich die positive Einschätzung vornehmlich auf »sozial orientierte« Organisationen bezieht. Kritische Zivilgesellschaft hingegen wird staatlicherseits wesentlich kritischer beäugt, wie in unseren Interviews vielfach betont wird. Exemplarisch sei hierzu folgendes Zitat aus dem Material wiedergegeben:

»Ich glaube, dass die russische Politik – und hier auch der Staat an höchster Stelle – ein großes Interesse daran hat, sein Machtmonopol zu behalten, und auch aus den Erfahrungen der Machtverluste in seinen befreundeten kommunistischen Ländern gelernt hat. Überall da, wo Machtverluste in Osteuropa entstanden sind, sind sie entstanden, weil es der Leitung des Landes, der Regierung, nicht gelungen ist, Widerstände gegen die Politik so im Zaum zu halten, dass sie nicht so groß werden, dass sie die gesellschaftliche Situation wie ein Federstrich einfach zur Seite wischen. Und das heißt [...]: Zivilgesellschaft schadet der jetzigen Regierung in Russland, die Fortführung ihrer Arbeit zu sichern.«

Die Rolle des russischen Staates

Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite kann man seit einigen Jahren einen massiven Ausbau der Förderaktivitäten des Staates für Organisationen beobachten, die sich in ihrer Arbeit sozialen Problemen widmen. Diesen »sozial orientierten« Organisationen eröffnet der Staat seit geraumer Zeit die Möglichkeit, sich zur Realisierung ihrer Vorhaben im Bereich der sozialen Dienste auf substantielle Projektausschreibungen zu bewerben. Die Orientierung an sozialen Themen wird damit von Politik und Verwaltung als Leitbild

in den Sektor bzw. in die (Zivil-) Gesellschaft kommuniziert, wie in unseren Interviews nachzulesen ist:

»Was der russische Staat und all die Experten ganz generell versuchen zu betonen, ist, dass Zivilgesellschaft vor allem dafür da ist, sich sozialen Themen zu widmen; dass es um soziale Sicherheit geht und die Hilfe für Bedürftige. Das ist sozusagen das Leitmotiv der Zivilgesellschaft. [...] Auf der höchsten Ebene des Staates, seitens des Präsidenten, wird herausgestellt, dass die sozialen Fragen der Hauptgegenstand der Arbeit von Organisationen des Dritten Sektors sind. [...] Wenn man als NGO also dem Trend folgen möchte, sollte man eine »soziale Orientierung« verfolgen.« Die Regierung Putin hat in den vergangenen Jahren begonnen, hierfür Strukturen der Projektförderung zu etablieren. Diese Förderung wird einerseits über einen Fonds des Präsidenten gewährt, andererseits über Instrumente der Ministerien. Im Einklang mit dieser Strategie wurden 2014 neue Regelungen verabschiedet, die »sozial orientierte« und »politische« Organisationen differenzieren und der Feststellung von »Agententätigkeiten« dienen sollen. Dabei scheint es nach unseren Interview-Eindrücken auch darum zu gehen, eine »gute« von einer »schlechten« Zivilgesellschaft abzutrennen.

Die Folgen der Ukraine-Krise

Derzeit ist die Zukunft der russischen Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors schwer prognostizierbar, insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ukraine, der sich verstärkenden nationalistischen Tendenzen sowie einer von den Stakeholdern in unseren Interviews berichteten Abschottung Russlands ausländischen Akteuren gegenüber. Die nachfolgend formulierten Einsichten aus unserer empirischen Forschung ermöglichen dennoch eine Einschätzung in Bezug auf ein derzeit sehr unsicheres Feld:

- Zunächst herrscht allgemein große Verunsicherung unter den Organisationen hinsichtlich der Regierungspraxis, die sich offenbar vor allen Dingen durch Unberechenbarkeit auszeichnet. Dies betrifft – wenig verwunderlich – die politischen in größerem Maße als die »sozial orientierten« Organisationen. Die Ukraine-Krise und die sich verstärkenden nationalistischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft haben zur Folge, dass Organisationen, die sich dem gesellschaftlichen Pluralismus verpflichtet fühlen oder zu kritischen Themen arbeiten, in ihrem Arbeitsbereich immer größere Schwierigkeiten bekommen
- Die politischen Beziehungen Russlands zu seinen westlichen Nachbarn haben sich im Zuge der Ukraine-Krise bedeutend verschlechtert, eine Entwicklung, die maßgeblich zu Einbußen an Vertrauen und einer Verschlechterung der lange Zeit guten Atmosphäre geführt hat.
- Die Unterstützung des politisch handelnden Sektors durch ausländische Geldgeber wurde (spätestens mit dem Agentengesetz von 2012) massiv erschwert. Es ist anzunehmen, dass sich diese Politik kurz- und auch mittelfristig nicht ändern wird.
- Die staatliche Förderung »sozial orientierter« Organisationen wird aller Wahrscheinlichkeit nach beibehalten, womöglich noch weiter ausgebaut. Staatlich »alimentierte« Akteure erhalten damit weitere Entwicklungspotenziale, wobei die Gefahr besteht, dass deren Finanzierung mit Systemkonformität erkaufte wird. Die Fortschreibung einer solchen Politik ist in hohem Maße abhängig von der zukünftigen ökonomischen Entwicklung des Landes, weil vor allem die Erlöse aus dem Energiesektor über die Möglichkeiten entscheiden, inwieweit diese Förderung aufrechterhalten werden kann.

Perspektiven für die Zivilgesellschaft und den Dritten Sektor

Wie sehen vor diesem Hintergrund Möglichkeiten der Förderung der russischen Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors aus? Gebietet es die »demokratische Orientierung«, nun die politisch tätigen Organisationen in besonderem Maße zu unterstützen?

Schenkt man unseren Interviewpartnern Glauben, ist dies nicht notwendigerweise der »Königsweg«. Denn eine Zusammenarbeit mit dem themenanzwaltschaftlich arbeitenden Teil der Zivilgesellschaft wäre zwar durchaus für viele Beobachter wünschenswert. Der Erfolg einer Kooperation mit kritischen oder oppositionellen Akteuren durch den Versuch, die administrative Ebene zu »umschiffen«, erscheint jedoch derzeit mehr als fraglich – und birgt zudem Risiken für alle Beteiligten. Und das liegt nicht nur (und möglicherweise sogar weniger) an der Politik des Kreml, sondern an der allgemeinen Stimmungslage im Land. Die Alternative hierzu besteht in der Förderung und Weiterentwicklung des Sektors als Dienstleister. Eine solche Strategie folgt der Idee, dass ein umfassendes *Capacity Building* – d. h. eine Erhöhung der Handlungskapazitäten durch Kompetenzaufbau und Infrastrukturen – es den primär an sozialen Problemen ausgerichteten Organisationen indirekt ermöglicht, eine gemeinsame Stimme zu entwickeln, die mittelbar auch politisch ausstrahlen wird. Hierbei geht es darum, die Organisationen im Konzert der »Großen« – d. h. auch im Wettbewerb mit Staat und Markt um Ressourcen – zu professionalisieren. Hierzu eine letzte Interview-Einsicht:

»Es besteht die Notwendigkeit der Professionalisierung des Sektors [...] Denn es gibt wirklich Menschen, die im Sektor arbeiten möchten. Allerdings gibt es nicht genügend Ausbildungsprogramme. Die Menschen, die in den Sektor

kommen, kommen aus ganz anderen Sektoren, nicht unbedingt aus dem NGO-Bereich. Und das andere ist, dass der NGO-Sektor immer stärker nicht nur mit der Unternehmenswelt, sondern auch mit dem Staat als Arbeitgeber in Konkurrenz tritt, um professionelle Mitarbeiter zu bekommen – und der Staat ist ein guter Arbeitgeber. Der NGO-Sektor versucht derzeit seinen Platz im Arbeitsmarkt zu finden. Auch darum ist die Professionalisierung des Sektors wichtig.«

Dies legt nahe, in den folgenden Bereichen Unterstützung zu leisten:

- *Organisationsentwicklung und Professionalisierung:* Die Personalentwicklungs- und Professionalisierungskapazitäten vieler Akteure sind unterentwickelt, während sie zugleich zentrale soziale Aufgaben übernehmen (sollen) und hierfür auf einem umkämpften Arbeitsmarkt rekrutieren. Eine professionelle Aufbau- und Prozessorganisation der Organisationen ist für die weitere Entwicklung des Sektors entscheidend.
- *Strukturen akademischer Weiterbildung und Kooperationen:* Ausbildungsgänge in Non-Profit-Management und Philanthropie fehlen in Russland weitgehend. Es kommt zu Rekrutierungsproblemen, während gleichzeitig der Wissenstransfer und die Entwicklung innovativer Konzepte und Debatten innerhalb des Sektors verhindert werden. Es gilt, den Ausbau wissenschaftlicher Institutionen im Lande, aber auch internationale Kooperationen mit dem akademischen Ausland auszubauen.
- *Austauschprogramme:* Interkultureller Austausch ist eine allseits erwünschte und wirksame Form der Verständigung abseits diplomatischer Gepflogenheiten; hier wird Völkerverständigung »gelebt« und über Begegnungen konkreter Individuen »real«. Solche Formen der Vertrauensbildung können über Städtepartnerschaften, Austauschprogramme oder Reisestipendien ermöglicht oder zumindest gefördert werden.
- *Vernetzung der Organisationen:* Viele Organisationen in Russland verstehen sich (noch immer) mehr als Konkurrenten denn als Kooperationspartner. Kooperation und Vernetzung innerhalb des Sektors begünstigen jedoch den Wissenstransfer, führen zu Kompetenzgewinnen, verschaffen dem Sektor mehr Sichtbarkeit und erleichtern die Ausbildung einer gemeinsamen – politischen – Stimme. Dies gilt es zu unterstützen.
- *Vertrauen in der Gesellschaft erarbeiten:* Eine zentrale Aufgabe russischer Non-Profit- und Nichtregierungsorganisationen wird es bleiben, durch die eigene Arbeit Vertrauen in der Gesellschaft zu gewinnen. Diesbezüglich hat sich bereits einiges getan. Doch es bleibt eine Herausforderung, die Rollen und

die Werte explizit zivilgesellschaftlichen Handelns in die Gesellschaft hinein zu vermitteln.

- *Kooperationen langfristig und auf Augenhöhe anlegen:* Schließlich geht es vielfach darum, Kooperationen mit der russischen Zivilgesellschaft und dem dortigen Dritten Sektor langfristig anzulegen, die Organisationen in Russland als strategische Kooperationspartner zu begreifen und von ihnen so viel Engagement zu erwarten, wie ihnen gleichzeitig an Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiraum entgegengebracht wird.

Im Gegensatz zu den eingangs skizzierten Interventionen westlicher Akteure in den 1990er Jahren, die im Nachhinein teilweise als (wenn auch gutgemeinte) »Eingemischungen« wahrgenommen werden, versprechen sich unsere Interviewpartner von den dargestellten Strategien mehr Rücksicht auf die sozialen und politischen Rahmenbedingungen vor Ort und eine eher moderierende Rolle ausländischer Organisationen. Sie erscheinen demzufolge als ein möglicher Weg der Unterstützung russischer Zivilgesellschaft in sehr unruhigen Zeiten. Sie sind der Versuch, Optionen aufzuzeigen, wie die bürgerschaftlichen Impulse in einer Gesellschaft bestärkt werden können, deren Rahmenbedingungen hierfür momentan eher ungünstig sind.

Capacity Building könnte es dienstleistenden Organisationen ermöglichen, innerhalb des Systems verstärkt eine leistungsfähige »Voice-Funktion« auszuüben. Solche Strategien missbilligen weder die themenanwaltschaftlich orientierte Zivilgesellschaft, noch legitimieren sie die Politik im Kreml. Das Gegenteil ist der Fall. Mittels Professionalisierungs- und Kooperationsvorhaben würde auf die Stärkung der Infrastrukturen und Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft hingearbeitet, was bestenfalls zur Ausbildung einer politisch wirksamen Stimme führen könnte. Dabei muss es nicht ausschließlich um die als »sozial orientiert« anerkannten Organisationen gehen, sondern um das gesamte Spektrum gemeinwohlorientierten Handelns in den sozialen Diensten. Allerdings: Indem Organisationen des Dritten Sektors mit staatlichen Institutionen kooperieren und sich mit ihrer Arbeit unentbehrlich machen, gewinnen sie an Einfluss. Je professioneller die Organisationen wiederum entwickelt sind, und je stärker der Dritte Sektor seine eigene Identität ausbildet und mit einer gemeinsamen Agenda auftritt, desto größer erscheinen die Möglichkeiten, Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Es geht also gewissermaßen darum, über eine Stärkung des Dritten Sektors als starkem Dienstleister die zivilgesellschaftliche Entwicklung »durch die Hintertür« zu fördern.

Informationen über die Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Konstantin Kehl und Benjamin Kummer sind Politikwissenschaftler am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (Büro Berlin). Volker Then ist geschäftsführender Direktor des CSI mit Sitz in Heidelberg.

Lesetipps

- Anheier, H. K.: *Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy*, 2. Aufl., London/New York, 2014.
- Anheier, H. K., K. Kehl, G. Mildenerger, N. Spengler: *Zivilgesellschafts- und Engagementforschung: Bilanz, Forschungsagenden und Perspektiven*, in: E. Priller, M. Alscher, D. Dathe, R. Speth (Hrsg.): *Zivilengagement: Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*; Münster, 2011, S. 119–133.
- Charities Aid Foundation (CAF): *World Giving Index 2013: A global view of giving trends*; Moskau, 2013.
- Henderson, S. L.: *Civil Society in Russia. State-Society Relations in the Post-Yeltsin Era*; in: *Problems of Post-Communism*, 58.2011, Nr. 3, S. 11–27.
- Kehl, Konstantin, Benjamin Kummer, Volker Then: *Wahrnehmungen zivilgesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungspotenziale in Russland: Ergebnisse einer Stakeholder-Befragung, Projektbericht*; Heidelberg, Benjamin; <https://www.csi.uni-heidelberg.de/downloads/CSI_Porticus_Bericht_Russland_final_2015.pdf>
- Mersijanowa, I., L. Jakobson: *Das Engagement der Bevölkerung in der zivilgesellschaftlichen Praxis und dem Dritten Sektor Russlands (Nach Materialien des Monitorings zur Situation der Zivilgesellschaft)*; in: *Russland-Analysen*, 2010, Nr. 208, S. 8–16; <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen208.pdf>>
- Offe, C.: *Civil society and social order: demarcating and combining market, state and community*; in: *Archives Européennes de Sociologie – European Journal of Sociology*, 41.2000, Nr. 1, S. 71–94.

ANALYSE

Wer steht auf Seiten der Verteidigung vor russischen Gerichten?

Andrei Yakovlev, Anton Kazun, Yekaterina Khodzhayeva, Moskau und St. Petersburg

Zusammenfassung

Der Anwaltsstand gewinnt im heutigen Russland an Bedeutung. Nachdem die Entwicklungen der Transformationszeit sich negativ auf berufliche Standards und Prestige dieser Berufsgruppe ausgewirkt hatten, beginnt nach 2002 ein Prozess der Konsolidierung, auch wenn der Anwaltsstand noch heute mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat. Eine Umfrage, die das Institut für Unternehmens- und Marktanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau und das Institut für Probleme der Rechtsanwendung (IPP) an der Europäischen Universität in St. Petersburg durchgeführt haben, zeichnet ein differenziertes Bild. Die Studie bestätigt das ernstzunehmende Potenzial der Anwälte in Russland als eines großen Berufsstandes, der über ein hohes Maß an Autonomie und Selbstverwaltung verfügt. Gleichzeitig wird bei der Entwicklung des Anwaltsstandes eine Tendenz zur Stagnation deutlich, die auf eine nicht eindeutige Auslegung der professionellen Standards, auf ein zurückgehendes Vertrauen gegenüber Anwälten und eine zurückgehende Nachfrage nach deren Diensten zurückzuführen ist.

Nachfrage nach Recht

Die Ereignisse der letzten Jahre (von der Bewegung der »blauen Eimer« bis hin zu den Massenprotesten 2011) haben deutlich gemacht, dass sich in der Gesellschaft Russlands ein ernstzunehmendes Bedürfnis nach einer für alle gleichen Beachtung und Anwendung des Rechts herausgebildet hat – ohne Ausnahmen für die Elite und die Machthabenden. Diesem Bedarf in der Praxis nach-

zukommen setzt voraus, dass Instrumente zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen bestehen. In aller Welt übernehmen das Anwälte. Vor diesem Hintergrund haben wir versucht, in einem gemeinsamen Projekt des Instituts für Unternehmens- und Marktanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau und des Instituts für Probleme der Rechtsanwendung (IPP) an der Europäischen Universität in St.

Petersburg die Frage zu beantworten: Wer sind Russlands Anwälte?

Die Anwaltschaft in Russland, die 2014 ihr 150. Jubiläum beging, zählt heute rund 70.000 Mitglieder. Sie ist einer der zahlenstärksten Berufsverbände Russlands, ihre Tätigkeit ist durch ein eigenes Gesetz geregelt, und sie verfügt über ein hohes Maß an Autonomie. In den vergangenen 25 Jahren wirtschaftlicher und politischer Reformen hat die Anwaltschaft eine sehr starke Transformation erlebt. Während sie zu sowjetischen Zeiten noch eine geschlossene und elitäre Berufssparte darstellte, wurde Anwalt in den 1990er Jahren zum Massenberuf: Gegenüber der Zeit der Perestrojka unter Gorbatschow stieg die Zahl der Anwälte auf das Vier- bis Fünffache an. Diese Zunahme, die mit einer stark ansteigenden Aufnahme von Studenten der juristischen Studienrichtungen an den Hochschulen einherging, spiegelte objektiv den Bedarf der Bürger und Firmen an qualifizierten Fachleuten wider, die in der Lage wären, angesichts einer radikal komplizierter werdenden Rechtssphäre ihre Interessen zu vertreten und zu schützen. Beide Entwicklungen waren dadurch bedingt, dass in einer Marktwirtschaft und demokratischen Gesellschaft das Recht eine größere Rolle spielt, verglichen mit der staatlichen Planwirtschaft und dem auf das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gegründeten politischen System.

Der Anwaltsstand in der Übergangsphase

Das Entstehen des neuen Rechtssystems erfolgte jedoch unter äußerst widersprüchlichen Bedingungen. Einerseits zogen es in den 1990er Jahren viele Marktakteure aus kurzfristigem Gewinnstreben vor, die geltenden Gesetze nicht zu befolgen: Sie versuchten, die benötigten Gerichtsentscheide zu »kaufen«. Angesichts der offensichtlichen Schwäche der staatlichen Institutionen führte diese »Nachfrage« zu einem Aufblühen der Korruption bei Polizei und Justiz sowie im Gerichtssystem. Diese negativen Prozesse untergruben zweifellos die Grundprinzipien der Rechtstaatlichkeit und schufen die Voraussetzungen, dass geltenden Gesetze und ergangene Gerichtsentscheidungen ignoriert wurden sowie das Recht zum Objekt von Manipulationen wurde.

Andererseits erfolgte in der Anwaltschaft in den 1990er Jahren eine ernsthafte Aufweichung der Berufsstandards, die auf das Verschwinden der Barrieren beim Einstieg in die Berufslaufbahn zurückzuführen ist. Zu sowjetischen Zeiten wurden diese Barrieren durch die damals bestehenden Anwaltskollegien errichtet, die wegen des hohen Status der Anwälte hohe Anforderungen an neue Mitglieder stellten und damit objektiv unter den Anwärtern die »besten der besten« auswäh-

len konnten. Mit dem Entstehen alternativer (»paralleler«) Kollegien standen die Türen nun Tausenden neuen Juristen offen, von denen viele früher bei den Polizei- und Justizbehörden gearbeitet hatten. Diese frischgebackenen Anwälte begannen recht oft, als Vermittler zur »Lösung von Problemen bei Ermittlung, Gericht und Staatsanwaltschaft aufzutreten, wobei sie auf den »Bedarf« durch Unternehmen und wohlhabende Mandanten reagierten und sich auf ihre alten Verbindungen im System der Polizei- und Justizbehörden stützten. Während diese Praxis für die unmittelbar Beteiligten persönliche Vorteile brachte, hat sie dem Ansehen und dem Prestige des Anwaltsberufs einen ernsthaften Schaden zugefügt.

Anwaltsrechte und professionelle Standards

Im Anwaltsmilieu war man sich bereits Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre dieser Probleme sehr wohl bewusst. Die Einführung grundlegender Normen zur professionellen Selbstregulierung – auf Basis des Gesetzes »Über die Anwaltstätigkeit und die Anwaltschaft in der Russischen Föderation«, das im Mai 2002 verabschiedet wurde, das ein System von Anwaltskammern vorsah und das für Anwälte auch Anforderungen für deren Qualifizierung sowie Examen einführte – war seinerzeit ein Versuch, diese Probleme zu lösen. Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes erhielten die Anwälte vom Staat die offizielle Anerkennung als großer Berufsstand, der über eigene Selbstverwaltungsorgane und über ein im Vergleich mit anderen Berufsgruppen hohes Maß an innerer Autonomie verfügt und eine wichtige Institution der Zivilgesellschaft darstellt.

Die derzeitigen heftigen Diskussionen über den Schutz der Anwaltsrechte und über deren Beziehungen zu Mitarbeitern der Gerichts- sowie der Rechtsschutzbehörden, über die Qualität juristischer Dienstleistungen und über professionelle Standards zeigen, dass die Anwälte sich nach wie vor erheblichen Herausforderungen gegenüber sehen. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Auftritte führender Anwälte bei einer Sondersitzung des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation. Sie fand unter dem Titel »Über die Rolle der Anwälte in der Menschenrechtsarbeit« am 31. März 2015 statt (<<http://president-sovet.ru/presscenter/multimedia/video/read/33/>>). Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es wichtig, dass die Anwälte selbst wie auch jene Gruppen innerhalb der Staatsmacht, der Unternehmen und der Gesellschaft, die heute einen Bedarf an professioneller juristischer Hilfe anmelden und daran interessiert sind, dass in Russland rechtsstaatliche Prinzipien Einzug halten, wissen, wie es um die Anwaltschaft des Landes bestellt ist.

Der Anwaltsstand »im Spiegel der Zahlen«

Das Projekt von IAPR und IPP bietet erstmals die Möglichkeit, diese Berufsgruppe im »Spiegel der Zahlen« zu betrachten. Von Oktober bis Dezember 2014 sind im Rahmen des Projektes 3317 Anwälte in 35 Regionen Russlands befragt worden. Das entspricht 4,7 Prozent der aktiven Anwälte, folgt man dem entsprechenden Register des Justizministeriums Russlands. Die Studie umfasste den organisierten Kern der Anwaltschaft, der für die regionalen Anwaltskammern erreichbar war (unter anderem dadurch ist der hohe Anteil von Respondenten zu erklären, die über Erfahrungen in verschiedenen Gremien der anwaltlichen Selbstverwaltung verfügen). Gleichwohl waren 75 Prozent der Befragten »einfache« Anwälte, deren Antworten es uns ermöglichten, die Praktiken und routinartigen Tätigkeiten von Anwälten, ihre Laufbahnen und die Nachfrage nach deren Diensten quantitativ zu bewerten. Ebenso konnte das Verhältnis der Anwälte zum System der Polizei- und Justizbehörden beleuchtet und konnten die unter den Anwälten vorherrschenden Werte und Einstellungen herausgearbeitet werden. Es lassen sich folgende Ergebnisse unserer Studie zusammenfassen:

Die Anwaltschaft bleibt in hohem Maße heterogen.

Diese Heterogenität kommt sowohl durch professionelle und demographische Merkmale zum Tragen (durch die Art und Weise, wie die juristische Bildung erworben wurde, durch die Kanäle, auf denen die Anwälte zu ihrem Beruf gekommen sind, durch Spezialisierung, Belastung, Mobilität und Einkommensniveau), als auch durch ethische Einstellungen sowie Strategien der Zusammenarbeit mit dem System der Polizei- und Justizbehörden. Bei diesem Aspekt belegen unsere Daten, dass es unter den Anwälten Gruppen gibt, die von vorn herein unterschiedliche Ziele und Arbeitspraktiken verfolgen. Die Daten erlauben es darüber hinaus, mittelbar die ungefähren Größenverhältnisse dieser Gruppen zueinander abzuschätzen, sowie deren Wandel im Laufe der Zeit. Gleichwohl ist trotz der Aufweichung der professionellen Standards ein »gesunder Kern« von Anwälten erhalten geblieben, der zur treibenden Kraft für eine Konsolidierung der Anwaltschaft werden könnte.

Die Nachfrage nach Anwaltsdiensten geht zurück.

Lediglich 22 Prozent der Befragten gaben an, dass die Nachfrage nach ihren Diensten in den vergangenen fünf Jahren gestiegen sei. Gleichzeitig meinten 41 Prozent, dass die Nachfrage gesunken sei. Dieser Nachfragerückgang erfolgt vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahren drastisch ausgeweiteten Regulierung sowie einer Verschärfung der Strafen bei Nichtbeachtung der Gesetze. Und das, obwohl die Zahl der Anwälte nach wie vor erheblich geringer ist, als in den meisten entwickelten Ländern und Transformationsstaaten. Einen der

Gründe für diese Entwicklung sehen leitende Vertreter der Anwaltschaft in unlauterer Konkurrenz durch private juristische Praxen, die bei ihrer Tätigkeit durch keinerlei Normen oder Regeln eingeschränkt sind. Diese Ansicht ist unter Anwälten weit verbreitet: Die überwiegende Mehrheit (83,5 %) wünschen sich eine Ausweitung des Anwaltsmonopols über die Vertretung im Strafverfahren hinaus auf andere Arten des Gerichtsprozesses. Unserer Ansicht nach würde jedoch eine derartige »Marktzugangsbeschränkung« für Juristen, die nicht zum Anwaltsstand gehören, das Problem der Nachfrage nach Juristen nicht lösen. Die Nachfrage dürfte erst dann steigen, wenn die Klienten sehen, dass die Arbeit des Anwalts Ergebnisse zeitigt.

Die schwache Position der Anwälte gegenüber den Gerichts- und Rechtsschutzbehörden. Ein fundamentaler Grund für den aktuellen Nachfragerückgang liegt in der marginalen Rolle, die Anwälte im Rechtssystem Russlands spielen, und in den fehlenden Möglichkeiten für Anwälte, effektiv die berechtigten Interessen ihrer Klienten zu schützen. Das führt zu einem Prestigeverlust der Anwaltschaft, was auch von den Befragten selbst so gesehen wird. Unter anderem stimmten 48 Prozent der Befragten der Ansicht zu, dass gewöhnliche Bürger kein Vertrauen zu Juristen hätten. Dieses Misstrauen ist nur durch eine Veränderung der realen Rolle zu erreichen, die Anwälte im Gerichtsprozess spielen, indem dessen Charakter als Widerstreit der Parteien tatsächlich gewährleistet ist. Das setzt wiederum eine Konsolidierung der Anwaltschaft auf der Grundlage einheitlicher Regeln und Verfahren voraus, ebenso deren Zusammenarbeit mit jenen sozialen Gruppen, die objektiv an einer erhöhten Unabhängigkeit der Gerichte und ihrer Trennung vom System der Rechtsschutzbehörden interessiert sind. Unserer Ansicht nach gehören hierzu rechtschaffene Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie der rechtschaffene Teil des Bürokratieapparates.

Nachfrage durch Unternehmen als Faktor für eine erhöhte Unabhängigkeit der Anwälte. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Nachfragerückganges bildet eine relativ kleine (rund 18 Prozent starke) Gruppe intensiv nachgefragter Anwälte eine Ausnahme: Bei ihnen beträgt die Bilanz der positiven und negativen Bewertung der Nachfrageentwicklung + 6 %. Diese Gruppe zeichnet sich durch einen hohen Grad an Spezialisierung auf zivilrechtliche Fälle aus. Sie ist besonders aktiv in den Schiedsgerichten tätig, vor denen sie die Interessen von Unternehmen vertreten. Natürlich ist auch das Unternehmertum in Russland alles andere als homogen. In seinen Reihen gibt es rechtschaffene Unternehmer, die verstehen, dass langfristig eine stabile Entwicklung ihres Unternehmens nur mit einheitlichen, verständlichen und transparenten »Spielregeln« möglich ist. Nach

wie vor gibt es jedoch auch jene, die Steuern hinterziehen, Betrügereien und »räuberische Übernahmen« veranstalten (in der Regel im Verbund mit nicht rechtschaffenen Vertretern der Sicherheitsbehörden). Während letztere ihre Tätigkeit nicht an die große Glocke hängen, unternehmen rechtschaffene Firmen in letzter Zeit immer häufiger über Unternehmensverbände kollektive Anstrengungen zur Änderung des Systems der Rechtsanwendung. Höchst bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass bei Anwälten auf *pro bono*-Basis Expertisen eingeholt werden, um Eingaben der Unternehmer an das »Zentrum gesellschaftlicher Verfahren ›Unternehmen gegen Korruption« (»BPK«; <<http://www.nocorruption.biz/>>) zu richten. Die rechtschaffenen entwicklungsorientierten Unternehmer treten also als Verbündete der Anwälte zur Durchsetzung der Grundsätze eines unabhängigen Gerichtswesens und zur Stärkung der Anwälte beim Gerichtsprozess auf.

Heterogenität des Systems der Polizei- und Justizbehörden. In der Bevölkerung ist eine kritische Haltung zur Qualität der Rechtsanwendung weit verbreitet. Die Daten unserer Studie belegen diese Skepsis. Im Schnitt sprechen 24 Prozent der Befragten davon, dass die Rechte ihrer Mandanten häufig durch Vertreter der Sicherheitsbehörden und des Gerichtswesens verletzt werden (weitere 31 Prozent wählten die Antwortmöglichkeit »die Rechte der Mandanten werden manchmal verletzt«). Ein wichtiges Ergebnis für uns waren jedoch die merklichen Unterschiede bei der Bewertung der verschiedenen Behörden und der verschiedenen Regionen. So werden von den Anwälten merklich seltener Regelverstöße durch Richter oder Staatsanwälte festgestellt, dafür umso häufiger durch Ermittler des Strafverfolgungskomitees Russlands und durch Ermittler oder Vorermittler des Innenministeriums (s. Grafik 1 auf S. 16). In 10 der 35 untersuchten Regionen wurde angegeben, dass es häufige Verletzungen der Mandantenrechte gebe, und zwar sowohl während der Ermittlung, als auch bei Gericht (s. Tabelle 1 auf S. 16).

Über die Autoren

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts für Unternehmens- und Märkteanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau.

Anton Kazun arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Entwicklungs- und Institutionenstudien der Higher School of Economics in Moskau.

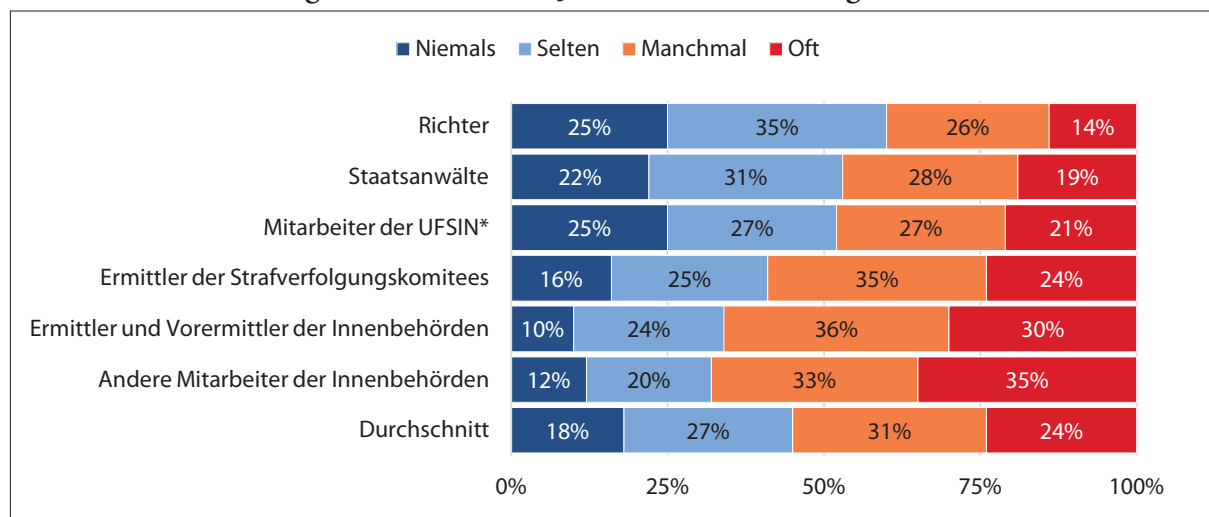
Yekaterina Khodzhayeva arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Probleme der Rechtsanwendung (IPP) an der Europäischen Universität in St. Petersburg.

Die Einschätzungen geben zweifellos die subjektive Sicht unserer Respondenten wieder, doch ist hier anzumerken, dass diese genannten zehn Regionen sich 2011–2013 merklich bei der Anzahl »räuberischer Übernahmen« abgehoben haben, ebenso wie bei der Zahl der Eingaben von Unternehmern an das Zentrum »Unternehmen gegen Korruption« (s. Tabelle 2 auf S. 17). In diesem Zusammenhang eröffnet die kollektive, durch die Anwälte vorgenommene Einschätzung der Praktiken bei der Rechtsanwendung eine Identifizierung von »wunden Punkten« im russischen System der Polizei- und Justizbehörden. Unserer Ansicht nach könnte ein solches professionelles »gesellschaftliches Produkt« eines externen Fachmonitoring, das die Verbesserung des Polizei- und Justizsystems befördert, für rechtschaffene Beamte und für aktive Vertreter des NGO-Sektors zu einem Argument für eine engere Zusammenarbeit mit der Anwaltschaft werden.

Insgesamt belegen die Ergebnisse unserer Studie das ernstzunehmende Potenzial der Anwälte in Russland als eines großen Berufsstandes, der über ein hohes Maß an Autonomie und Selbstregulierung verfügt. Gleichzeitig wird bei der Entwicklung des Anwaltsstandes eine Tendenz zur Stagnation deutlich, die auf eine nicht eindeutige Auslegung der professionellen Standards, auf ein zurückgehendes Vertrauen gegenüber Anwälten und eine zurückgehende Nachfrage nach deren Diensten zurückzuführen ist. Gestützt auf den eigenen »gesunden Kern« sowie in Zusammenarbeit mit Institutionen der Zivilgesellschaft wie auch mit rechtschaffenen Vertretern der Wirtschaft und der Bürokratie, wäre die Anwaltschaft in der Lage, diese Tendenz zu überwinden. Falls allerdings diese Möglichkeiten nicht umgesetzt werden, riskiert die Anwaltschaft, nicht nur das Ansehen in der Gesellschaft zu verlieren, sondern auch ihre Autonomie.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Grafik 1: Einschätzung der Anwälte, wie oft die Rechte ihrer Mandanten durch Richter und durch Vertreter der verschiedenen Polizei- und Justizbehörden in den Regionen der Russischen Föderation verletzt werden. »Wie häufig haben Sie es in den vergangenen drei Jahren in ihrer Region mit einer Verletzung der Rechte Ihrer Mandanten durch Vertreter folgender Polizei- und Justizbehörden zu tun gehabt?«



* UFSIN: [Regionale] Verwaltung des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug

Quelle: Daten aus der Befragung von 3.317 Anwälten (Oktober bis Dezember 2014) durch das Institut für Unternehmens- und Marktanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau und das Institut für Probleme der Rechtsanwendung (IPP) an der Europäischen Universität in St. Petersburg sowie mit Unterstützung der Föderalen Anwaltskammer Russlands.

Tabelle 1: Gruppierung der Regionen Russlands nach der Einschätzung der Anwälte, wie häufig die Rechte ihrer Mandanten in der Ermittlungsphase und bei Gericht verletzt wurden

Die Anwälte in dieser Region sprechen häufiger von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten sowohl in der Ermittlungsphase als auch bei Gericht , als Anwälte in anderen Regionen	Die Anwälte in dieser Region sprechen häufiger von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten in der Ermittlungsphase , als Anwälte in anderen Regionen	Die Anwälte in dieser Region sprechen seltener von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten in der Ermittlungsphase und / oder bei Gericht
Republik Tschuwaschien Gebiet Nowosibirsk Republik Udmurtien Republik Burjatien Gebiet Archangelsk Region Krasnodar Gebiet Tjumen Gebiet Omsk Leningrader Gebiet Moskau	Gebiet Samara Republik Tatarstan Gebiet Kurgan Swerdlowsker Gebiet Region Krasnojarsk Region Stawropol Gebiet Twer Gebiet Tscheljabinsk Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen Gebiet Rjasan Gebiet Kaliningrad Moskauer Gebiet Region Chabarowsk	Republik Marij-El Gebiet Kirow Gebiet Jaroslawl Republik Mordowien Gebiet Kemorowo Republik Karelien Gebiet Uljanowsk Gebiet Iwanowo Republik Adygeja Gebiet Wologda Gebiet Nishnij Nowgorod Region Perm

Quelle: Daten aus der Befragung von 3.317 Anwälten (Oktober bis Dezember 2014) durch das Institut für Unternehmens- und Marktanalysen (IAPR) der Higher School of Economics in Moskau und das Institut für Probleme der Rechtsanwendung (IPP) an der Europäischen Universität in St. Petersburg sowie mit Unterstützung der Föderalen Anwaltskammer Russlands.

Tabelle 2: Qualität der Rechtsanwendung (Einschätzung durch die Anwälte) und die Intensität »räuberischer Übernahmen« nach Angaben des Zentrums »Unternehmen gegen Korruption« (BPK)

Indikatoren für »räuberische Übernahmen«	Die Anwälte in dieser Region sprechen häufiger von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten sowohl in der Ermittlungsphase als auch bei Gericht, als Anwälte in anderen Regionen	Die Anwälte in dieser Region sprechen häufiger von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten in der Ermittlungsphase, als Anwälte in anderen Regionen	Die Anwälte in dieser Region sprechen seltener von einer Verletzung der Rechte ihrer Mandanten in der Ermittlungsphase und / oder bei Gericht
Durchschnittliche Zahl »räuberischer Übernahmen« 2011–2013 (pro 100 Mio. Rubel des Bruttoregionalproduktes)	3,04	1,60	1,34
Durchschnittliche Zahl der Eingaben von Unternehmern an das Zentrum BPK	19,8	9,6	3,9

Anmerkung: Die Indikatoren für die Intensität »räuberischer Übernahmen« wurden auf Grund offen zugänglicher Daten des Zentrums »BPK« sowie der Statistikbehörde »Rosstat« generiert.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Von Agenten, unerwünschten Organisationen und ihren Folgen

Jens Siegert, Moskau

Unabhängige NGOs werden vom Kreml spätestens seit den in Russland so genannten »farbigen Revolutionen« Mitte der 2000er-Jahre in einigen Nachbarstaaten mit (im Wortsinn!) ausgesprochenem Argwohn betrachtet und behandelt. Lange blieben Angriffe auf sie eher episodisch. Der Staat beschränkte sich weitgehend auf bürokratische Schikane und Kontrolle und nur ein wenig und, so konnte es fast scheinen, eher halbherzige Einschüchterung. Selbst die Einführung der sogenannten »Agenten«-Paragraphen in das NGO-Gesetz im Nach-Protest-Sommer 2012 stand noch unter diesem Leitmotiv. Das hat sich seither verändert. Der Kurs geht nun in Richtung Unterwerfung oder gar Vernichtung.

Ein paar grundsätzlichere Gedanken über das Verhältnis Staat-unabhängige NGOs habe ich mir in den Russlandanalysen Nr. 284 im vorigen Oktober gemacht (<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen284.pdf>). Zur Geschichte der Anwendung der »Agenten«-Paragraphen durch Staatsanwaltschaft und Justizministerium gibt es eine sehr gute Zusammenfassung von Grigorij Ochotin, einem der Gründer

des »OBD-Infos«, in der Zeitschrift »Osteuropa« (Heft 1–2/2015, S. 83–94) unter dem Titel »Agentenjagd. Die Kampagne gegen NGOs in Russland« (<http://www.osteuropa.dgo-online.org/hefte/2015/1-2/agentenjagd/>). Zum aktuellen Stand habe ich zuletzt in meinem Blog Anfang Februar geschrieben (<http://russland.boellblog.org/2015/02/08/agentenjagd-gegen-russische-ngos-geht-immer-schneller-und-wird-immer-gefahrlicher/>).

An dieser Stelle soll es deshalb nur ein kleines Update zur Agentenjagd geben. Danach werde ich noch auf das in dieser Woche in der Staatsduma verabschiedete sogenannte »Gesetz über unerwünschte Organisationen« und seine möglichen Auswirkungen eingehen, um dann mit ein paar grundsätzlichen Überlegungen zur westlichen NGO-Förderung in Russland zu schließen.

Zum »NGO-Agenten-Gesetz«: Wie bereits geschrieben, gibt Ochotins Artikel in »Osteuropa« eine sehr informative und gute, unbedingt lesenswerte Übersicht über die Entwicklung der »Agentenjagd« seit 2012. Sogar mit einer kleinen Vorgeschichte. Der Autor geht dabei allerdings von einer meiner Ansicht nach nicht ganz

korrekten Annahme über das Verhältnis zwischen Staat und unabhängigen NGOs aus, die für das Verständnis der politischen Dynamik wichtig ist. Er suggeriert nämlich, es gebe eine Art »Plan« im Kreml, wie mit diesen, aus Sicht des Kreml, nicht nur unbotmäßigen, sondern eben potentiell gefährlichen Leuten umzugehen sei. Das ist, nach allem, was ich sehe, aber nicht der Fall. Die Dynamik wird vielmehr von einer Mischung aus Risikovorsorge (u. a. durch immer neue, immer restriktivere Gesetze), Ad-hoc-Aktionismus in politischen Krisenzeiten (oder Zeiten, die im Kreml als kritisch für den Machterhalt angesehen werden) und dem mal bürokratischen, mal politischen Leben bereits bestehender Gesetze bestimmt.

Nun kann man mit einigem Fug argumentieren, das Ergebnis sei dasselbe. Die Differenz zwischen Ochotins Annahme eines Plans und meiner Überzeugung, es gebe keinen, mag für die Strategie der NGOs und ihrer (ausländischen) Geldgeber, wie mit der Situation umzugehen sei, keinen großen Unterschied machen. Allerdings ist dieses Vorgehensmuster des russischen Staates nicht nur bei diesem Gesetz zu sehen, sondern wiederholt sich, in leichten Abwandlungen immer und immer wieder (darüber mehr, wenn es weiter unten um das »Unerwünschte-Organisationen-Gesetz« geht).

Bis zum Dezember 2014 hatte das Justizministerium erst 16 NGOs zu »Agenten« erklärt (das Recht dazu hatte es immerhin schon im Mai des gleichen Jahres erhalten). 13 weiter folgten im Dezember. Seither sind etwas mehr als 30 NGOs hinzugekommen (Stand 21.5.2015: insgesamt 64). Mit schöner Regelmäßigkeit finden sich immer freitags in den Presseerklärungen des Ministeriums zwei bis drei neue »Agenten«. Wo und wann das enden wird, ist schwer absehbar. Weit verbreitet sind Einschätzungen, die endgültige Zahl (sofern man bei der gegenwärtigen politischen Dynamik mit solch abschließenden Begriffen überhaupt arbeiten sollte) werde irgendwo zwischen 100 und 150 liegen. Diese Schätzungen beziehen sich auf Analysen der bisherigen »Überprüfungen« durch Staatsanwaltschaft und Justizministerium (welche, wann, wie viele NGOs mit welchem Ergebnis überprüft wurden und wie viele »neue«, im Zusammenhang mit dem »Agentengesetz« bisher noch nicht überprüfte NGOs mit der Zeit ins Blickfeld der Behörden geraten sind) und auf einen Überblick über Umfang und Struktur der gegenwärtigen finanziellen Unterstützung der gefährdeten NGO-Gruppe.

Die betroffenen NGOs reagieren unterschiedlich. Es gilt die Regel, jeder und jede rette sich, wie er oder sie kann, allerdings bei gleichzeitiger gegenseitiger Beratung und weitgehender Vermeidung öffentlicher Entsolidarisierung. Einige NGOs lösen sich als juristische Personen auf, arbeiten aber meist gleichwohl in ande-

rer Form weiter. Andere weichen auf andere, mitunter früher bereits »auf Vorrat« gegründete Organisationen oder Organisationsformen aus (u. a. als »kommerzielle« Organisationen, die vom Gesetz nicht betroffen sind). Wieder andere, eine in den vergangenen Wochen wachsende Zahl, verzichten auf ausländische Finanzierung und suchen den durch eine erneute Gesetzesänderung im März dieses Jahres nun möglichen Weg einer »Entlistung« von der »Agentenliste«. Mitte dieser Woche hat die Permer NGO »GRANI« (»Zentr Graschdankskogo Analisa i Nesawisimych Issledowanij«, <<http://www.grany-center.org/>>) diesen Schritt als erste NGO erfolgreich beendet.

Während sich das »Agentengesetz« gegen die organisierten Strukturen russischer Zivilgesellschaft richtet, geht das »Gesetz über unerwünschte ausländische Organisationen« (wörtlich heißt es, wie die allermeisten russischen Gesetze: »Über die Einfügung einiger Änderungen in die Fassung einiger Gesetzesvorschriften der Russischen Föderation« <

In seiner ursprünglichen, im Februar 2015 in die Staatsduma eingebrachten Fassung, sprach der Gesetzentwurf übrigens von »ausländischen Organisationen« (daher auch die populäre Bezeichnung), ohne deren (juristischen) Status näher zu definieren. Durch massives Lobbying von Wirtschaftsvertretern und wohl auch durch den Widerstand eines nicht unerheblichen Teils der Bürokratie (die in Russland ja die Verfügungsgewalt über erhebliche Teile des Unternehmensvermögens hat), was wohl auch die Verzögerung von Februar bis heute erklärt, ist nun in der Endfassung (ich gehe davon aus, dass das Gesetz so wie jetzt von der Duma verabschiedet in Kraft treten wird, obwohl der Föderationsrat noch nicht zugestimmt hat und es von Präsident Putin noch nicht unterzeichnet ist) von »unerwünschten Nichtregierungsorganisationen« die Rede. Wer »unerwünscht« ist, wird künftig die Generalstaatsanwaltschaft entscheiden, das russische Außenministerium hat ein Mitspracherecht. Jekaterina Schulman hat das alles, allerdings auf Russisch, in einem Artikel

in der Tageszeitung Wedomosti diese Woche auseinanderklamüsert (<[http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2015/05/18/lozhnii-izolyatsionizm-ne-vredit-inos-trantsam-a-terrorizirovat-rossiyan#/>](http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2015/05/18/lozhnii-izolyatsionizm-ne-vredit-inos-trantsam-a-terrorizirovat-rossiyan#/)).

Die Gesetzesbestimmungen sind, wie schon lange üblich und (schlechte) Praxis so ungenau gefasst, dass der Exekutive praktisch völlige Entscheidungsfreiheit gelassen wird. Wie beim »Agentengesetz«, bei dessen Anwendung jede öffentliche Äußerung von NGOs oder ihrer Führungspersonen als »Einflussnahme auf die Regierungspolitik« und damit als »politisch« aufgefasst wird (was zusammen mit Finanzierung aus dem Ausland den »Agenten«-Status begründet), können nun Bestimmungen wie »Gefährdung der russischen Staatssicherheit« fast beliebig angewandt werden. Das lehrt schon lange die Praxis des seit Mitte der 2000er Jahre zu diesem Zweck vielfach gebrauchten »Extremismusgesetzes«, das ähnliche und ähnlich schwammige Formulierungen enthält.

Im Übrigen sollten sich auch Unternehmen trotz der Änderungen zwischen erster und zweiter Lesung nicht allzu sicher fühlen. Der Terminus »Nichtregierungsorganisationen« ist längst nicht so eindeutig, wie er auf den ersten Blick scheint. Er kam bisher in der russischen Gesetzgebung nicht vor. NGOs, also Non-Governmental Organisations, werden in den einschlägigen russischen Gesetzen als »NKO«, als »Nicht-Kommerzielle Organisationen« bezeichnet. In der oft verqueren, rechtspositivistischem Denken verhafteten Auslegung russischer Gerichte könnte aus der Tatsache, dass das Gesetz eben nicht von »nichtkommerziellen« Organisationen spricht, schnell der Umkehrschluss folgen, dass dann mit »Nichtregierungsorganisationen« auch Wirtschaftsunternehmen gemeint sein können.

Nun ist es zwar keineswegs klar, wie, wann, gegen wen genau und in welchem Umfang dieses Gesetz angewandt werden wird. Aber die Erfahrung zeigt, dass derartige Repressionsinstrumente, wenn der russische Staat sie erst einmal geschaffen hat, früher oder später immer genutzt werden. Schon seit einiger Zeit kursieren unterschiedliche Listen, welche ausländischen Organisationen denn vorrangig zu »unerwünschten« erklärt werden. An vorderster Stelle stehen dort immer US-amerikanische Stiftungen (egal ob nun privat oder aus dem öffentlichen Haushalt finanziert), denn aus Kremsicht waren sie es ja, die die »orangene Revolution« und den Majdan nicht nur gefördert, sondern initiiert haben. Entsprechend werden sie seit langem verdächtigt, Ähnliches auch in Russland im Schilde zu führen. Fast immer wird die Soros-Stiftung »Open Society Foundation« genannt, die einen ähnlich teuflischen Status in Russland genießt, wie der »Vater der Voucher-Privatisierung« Anatolij Tschubajs.

Sollte die Anwendung des »Unerwünschte-Organisationen-Gesetzes« eine ähnliche Dynamik entwickeln wie letzthin das »NGO-Agentengesetz«, könnte die Folge das Ende der unabhängigen NGO-Szene in Russland sein, so wie wir sie bisher kennen. Das würde zwar mit großer Wahrscheinlichkeit nicht heißen, dass es dann keine unabhängigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mehr gibt, aber sie würden wohl andere Formen annehmen und unter anderen Labels (wenn auch, zumindest teilweise, durch die gleichen Personen) fortgeführt werden. Eine kleine Vorstellung davon, wie solche Veränderungen oder Verschiebungen vor sich gehen, kann vielleicht die über die vergangenen Jahre unter dem Eindruck immer repressiverer Gesetzesverschärfungen stehende Demonstrationspraxis in Russland geben: Demonstranten weichen auf das Geradenoch-Erlaubte aus (insbesondere Einzelmahnwachen) und maskieren sich (Flashmobs oder die Nowosibirsker »Monstrationen«, die mit absurden Forderungen Demonstrationsverbote lächerlich zu machen versuchen). Oder sie arrangieren sich mit den Behörden – um den Preis, an Schärfe, Spontaneität, und damit auch Wirkung zu verlieren.

Das alles führt zu der Frage, was westliche NGO-Förderung denn angesichts dieser Entwicklungen tun sollte und tun darf. Schon seit längerem wird von vielen Teilnehmern dieser Diskussion, nicht nur in Deutschland, eine angebliche bisherige Konzentration der westlichen Förderung in Russland auf oft sogenannte »politische« NGOs und eine Vernachlässigung »sozialer Dienstleister« aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich beklagt. Das halte ich für in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Beginnen wir mit der Empirie. Die (finanzielle) Förderung von »politischen« NGOs (mitunter werden auch die Zuschreibungen »Themenanwälte«, Advocacy-Gruppen u. a. benutzt) hatte nie auch nur annähernd, auch nicht in den 1990er Jahren, den Umfang der Förderung »sozialer Dienstleister« oder anderer im wesentlichen auf Kooperation mit dem Staat setzenden oder in Ergänzung zum Staat arbeitenden Gruppen. Sie war auch nie in nennenswertem Umfang gegen den russischen Staat gerichtet oder wurde an ihm vorbei geleistet. Die großen und finanziell üppig ausgestatteten Programme der EU wie TACIS oder von USAID haben sich umgekehrt auf genau diesen Bereich bezogen und erfolgten immer in Kooperation und mit Zustimmung der dafür zuständigen staatlichen Stellen in Russland. Das galt auch, und gilt noch immer, für die Programme der meisten großen privaten Stiftungen aus dem Westen (wobei US-amerikanische Stiftungen hier vom finanziellen Engagement her immer noch mit weitem Abstand die Hauptrolle spielen). Mehr noch: Die Implementierung von Förderprogrammen fußte und fußt entwe-

der auf zwischenstaatlichen Abkommen oder geschieht weitgehend über in Russland akkreditierte Filialen und Repräsentanzen der Geldgeber. Hinzu kommt das Engagement zahlreicher weiterer nichtstaatlicher Akteure aus dem Westen (im Falle Deutschlands zum Beispiel der Caritas, der Diakonie), aber auch das Engagement im Rahmen der zahlreichen Städtepartnerschaften und einer großen, kaum zu überblickenden Zahl meist kleinerer privater Initiativen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Förderung ökologischer Projekte. Die Höhe der Förderung von Advocacy-Projekten und -Gruppen war und ist sehr viel geringer als die von Umweltschutzprojekten im klassischen Sinn, auch unter Einbeziehung internationaler Organisationen aus der UN-Familie.

Zudem ist allein die hier skizzierte Trennung von zivilgesellschaftlichem Engagement in einen »politischen« und einen »sozialen« Teil problematisch, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Zum einen gibt es eine große Zahl von NGOs in Russland, deren Tätigkeit sich auf beide Bereiche erstreckt. Um nur das bekannteste Beispiel zu nennen: Die Arbeit von Memorial fußt auf drei Säulen, nämlich der Beschäftigung mit Menschenrechtsverletzungen heute, der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit und der sozialen Fürsorge für die Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen. Nur so konnte Memorial zu jener großen, stabilen und angesehenen Organisation mit einer tiefen sozialen Verankerung (vor allem in den russischen Regionen) werden, die es heute ist. Zum anderen aber, und das ist vielleicht noch wichtiger, sind Existenz und Arbeit der »politischen« NGOs die Voraussetzung für die Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit der »sozialen Dienstleister«.

Das führt zum nächsten Problem: Diese aus meiner Sicht künstliche Trennung wiederholt, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, den wesentlichen Fehler der NGO-Förderung der 1990er Jahre (oder, aus damaliger Perspektive wohl korrekter ausgedrückt, der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen). Seinerzeit wurde das weitgehend als »technische« Aufgabe angegangen (trotz allerlei – richtiger! – Demokratie-Prosa drumherum). Es galt die (meist eher immanente denn bewusste) Annahme, dass die russische Gesellschaft mit der Selbstbefreiung aus der Sowjetunion (genau wie andere postsowjetische Länder auch) den Point-of-no-Return überschritten habe, es also »nur« noch darum gehe, das ganze abzuwickeln (man könnte das wahrscheinlich auch die »Fukuyama-Falle« nennen). Die innenpolitische Entsprechung dazu war die Erwartung der unter Präsident Jelzin an der Macht beteiligten Liberalen, man müsse nur genügend Wohlstand schaffen, dann bilde sich schon eine Mittelschicht heraus und demokrati-

sches Bewusstsein folge natürlicher Weise auf dem Fuße. Heute dagegen wird von außen der Point-of-no-Return (erneut eher implizit) für unerreichbar erklärt. Von innen assistiert ein Diskurs über das angebliche Anderssein der Menschen in Russland. Hinzugefügt wird dann von beiden Seiten das Argument, »westlich« ausgerichtete, also »politische« NGOs hätten eben in der russischen Gesellschaft keine Unterstützung, und überhaupt gebe es in Russland ein »anderes Verständnis von Zivilgesellschaft«. Weil das so sei, müsse man sich bescheiden und anpassen, um effektiv und erfolgreich zu sein.

Doch diese Annahmen sind nicht nur unpolitisch, sondern auch, wahrscheinlich wichtiger noch, unhistorisch. Sie stellen sich Gesellschaften statisch, (fast) ohne Dynamik vor. Die russische Gesellschaft ist aber entgegen landläufiger Auffassungen eine höchst dynamische, das haben zuletzt wieder die »wie aus dem Nichts« aufgetauchten Proteste des Winters 2011/2012 gezeigt, aber auch die durch enorme staatliche (Propaganda-) Anstrengungen verstärkte gegenwärtige Schwingung in die Gegenrichtung (die ihren Scheitelpunkt womöglich schon wieder überschritten hat).

Wohl auch deshalb bleiben die bei vielen Kritikern der Förderung »politischer« NGOs vorgestellten und (manchmal explizit, meist aber implizit) zu Grunde gelegten Entwicklungsszenarien so seltsam blutleer; sie reproduzieren eine angenommene »Pfadabhängigkeit« (wobei ich jetzt sicher nicht erläutern muss, welcher Pfad gemeint ist). Die Konzentration auf mehr »soziale Dienstleister« und weniger »Themenanwälte« oder »politische« NGOs würde, so wage ich voraus zu sagen, erstere mit dem Staat allein lassen und letztlich zu zweierlei führen:

Erstens zu einer zunehmenden »Verstaatlichung« eben dieser »Dienstleister«. Ohne die wesentlich auf die Bewahrung von (Handlungs-)Freiheiten gerichtete Arbeit »politischer« NGOs (oder bei ihrer weiteren Schwächung) dürften die »sozialen Dienstleister« immer mehr zu Auftragnehmern des Staates werden. Das würde umso mehr geschehen, da es mit der Ausschaltung ausländischer Finanzierungsquellen nur noch einen zahlungsfähigen »Kunden« für diese Dienstleistungen gäbe (mögliche inländische Geldgeber sind ja schon seit mehr als zehn Jahren weitgehend aus dem Spiel): den Staat. Da das »sowjetische« institutionelle Gedächtnis sowohl in der staatlichen Verwaltung als auch unter den beteiligten Bürgern weiterhin sehr frisch, also abrufbar ist, dürften die »Sozialen-Dienstleister-NGOs« am Ende etwa jene Funktionen ausfüllen, die in der Sowjetunion zum Beispiel die Gewerkschaften hatten. Sie haben soziale Aufgaben wahrgenommen, allerdings nach strengen Vorgaben des Staates und unter seiner direkten Kontrolle.

Zweitens würde ein Ende oder eine wesentliche Reduzierung westlicher Förderung auch »politischer« NGOs dazu führen, dass die russische (Zivil-)Gesellschaft beim nächsten Dynamisierungsschub gesellschaftlicher Bewegung gegen die allumfassende Staatlichkeit (und der kommt so sicher wie das Amen in der Kirche und der Gebetsruf des Mullahs) erneut unzureichend vorbereitet sein wird. Denn die sozialen und politischen Praktiken, wie Krisen zur Transformation in

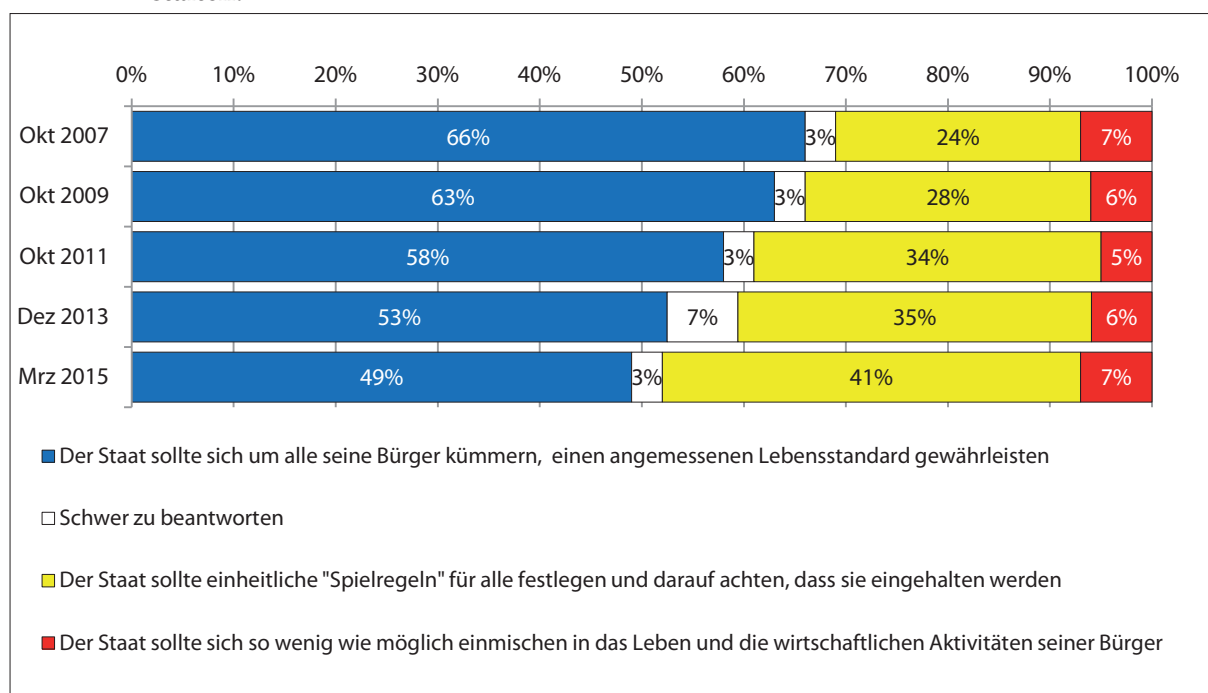
eine eben demokratische Richtung genutzt werden können, werden wesentlich von diesen NGOs und verwandten gesellschaftlichen Organisationsformen entwickelt, erprobt und umgesetzt. Soziale NGOs sind dazu, bei all ihrer Notwendigkeit und Nützlichkeit, nicht in der Lage.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

UMFRAGE

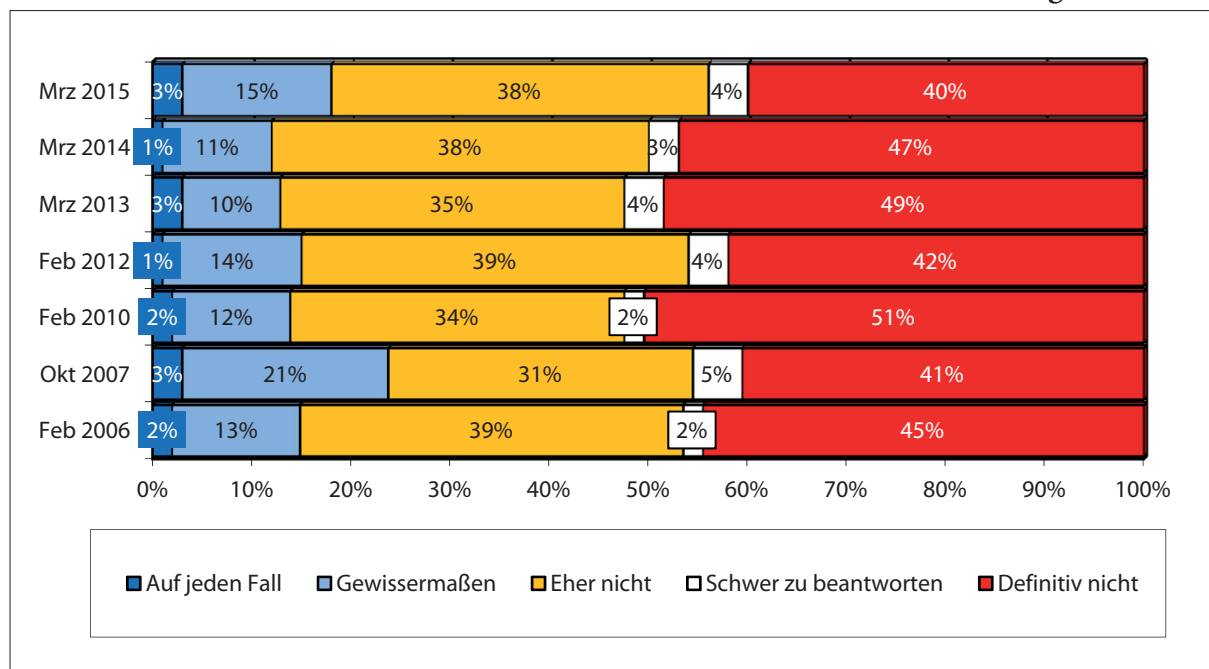
Staat und Gesellschaft in russischen Umfragen

Grafik 2: Wie sollte sich Ihrer Meinung nach die Beziehung zwischen Staat und Bürgern gestalten?



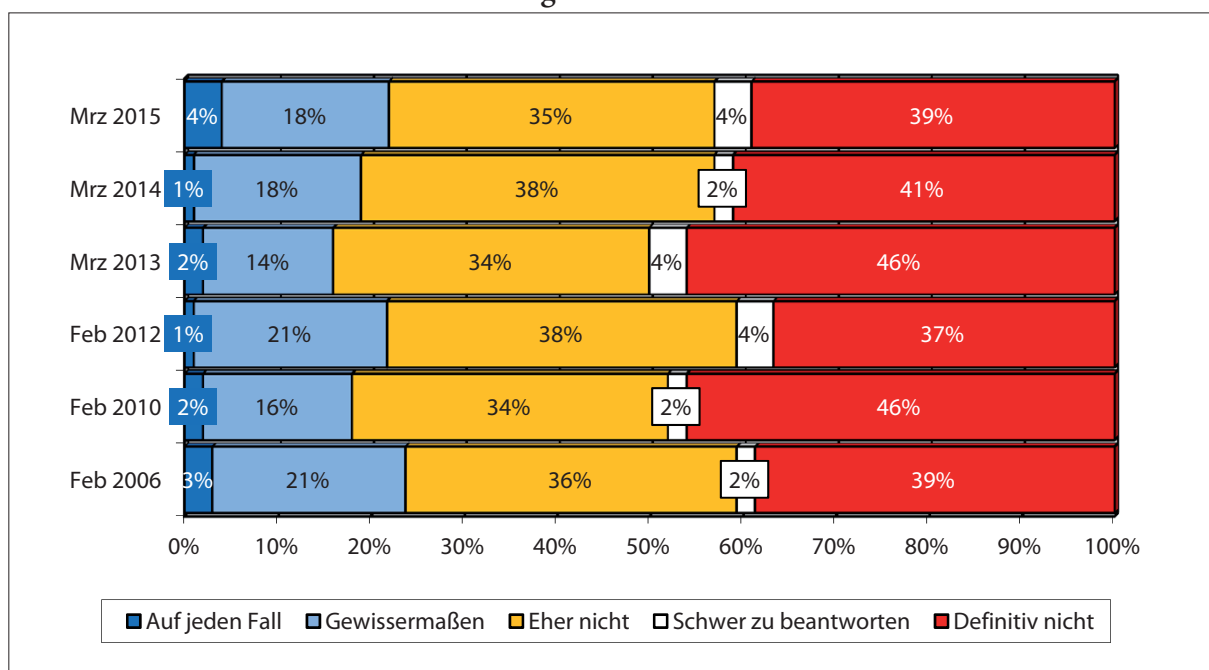
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/06-04-2015/vzaimodeistvie-grazhdan-i-gosudarstva>>, 6. April 2015

Grafik 3: Können Menschen wie Sie Einfluss nehmen auf staatliche Entscheidungen im Land?



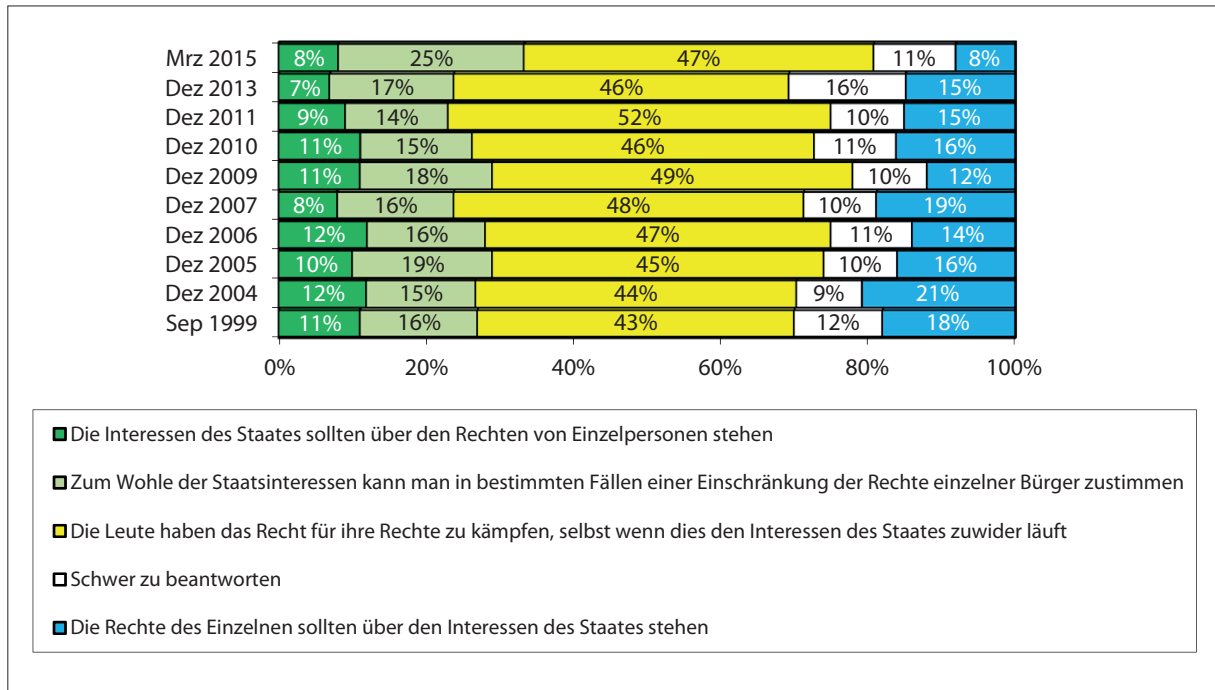
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/06-04-2015/vzaimodeistvie-grazhdan-i-gosudarstva>>, 6. April 2015

Grafik 4: Können Menschen wie Sie Einfluss nehmen auf Entscheidungen, die in Ihrer Region, Ihrer Stadt oder Ihrem Viertel getroffen werden?



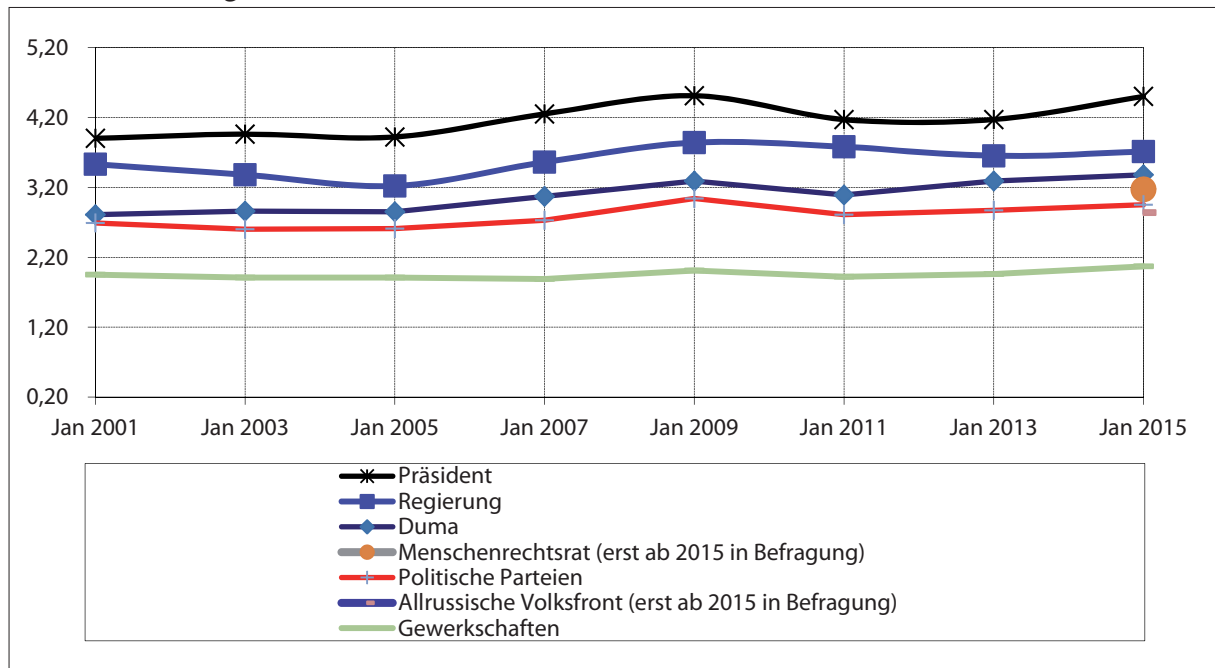
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/06-04-2015/vzaimodeistvie-grazhdan-i-gosudarstva>>, 6. April 2015

Grafik 5: Welcher der folgenden Ansätze zur Menschenrechtsproblematik erscheint Ihnen am zutreffendsten?



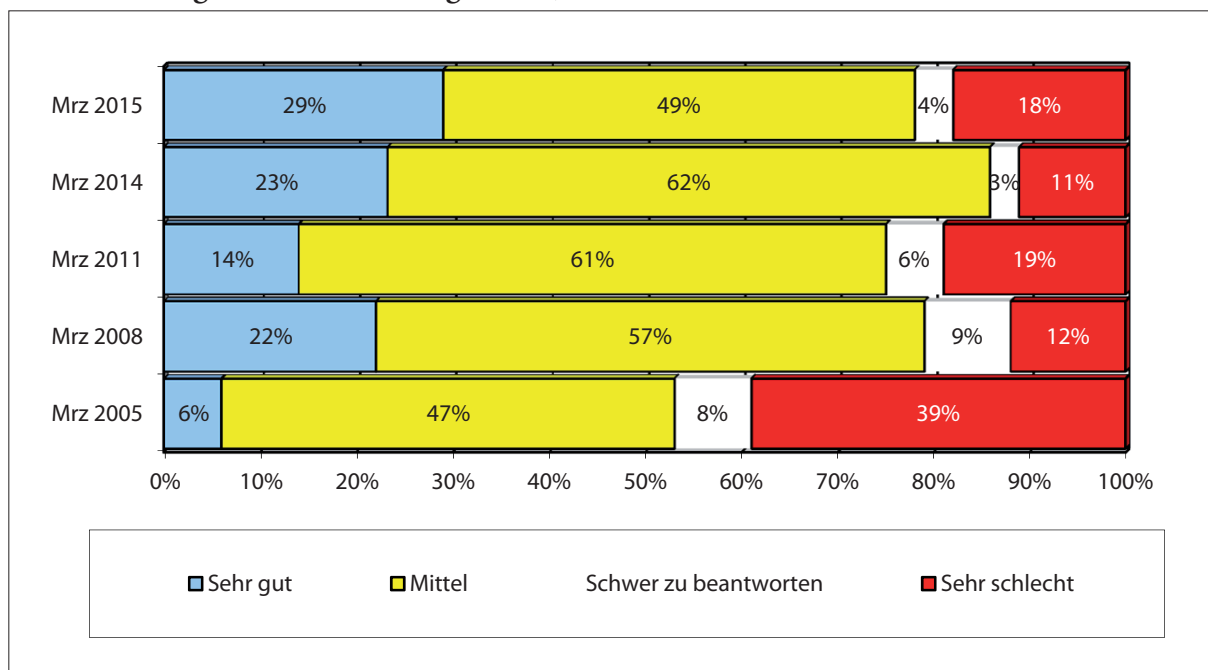
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/06-04-2015/vzaimodeistvie-grazhdan-i-gosudarstva>>, 6. April 2015

Grafik 6: Welche Rolle spielt in Russland... (Durchschnittswert auf einer Fünfer-Skala von »sehr große« bis »sehr kleine« Rolle)



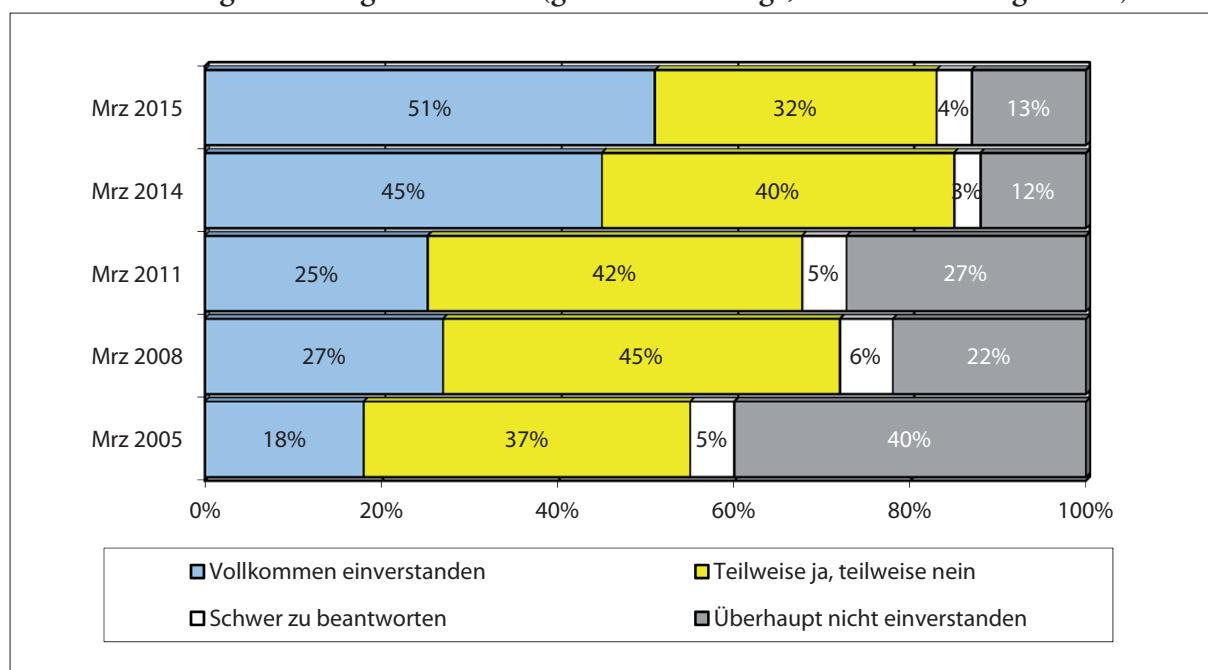
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/12-02-2015/rol-sotsialnykh-institutov>>, 14. Februar 2015

Grafik 7: Wie würden Sie die politische Lage in Russland derzeit einschätzen? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM, vom 21.–22. März 2015, N = 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115215>>, 6. April 2015

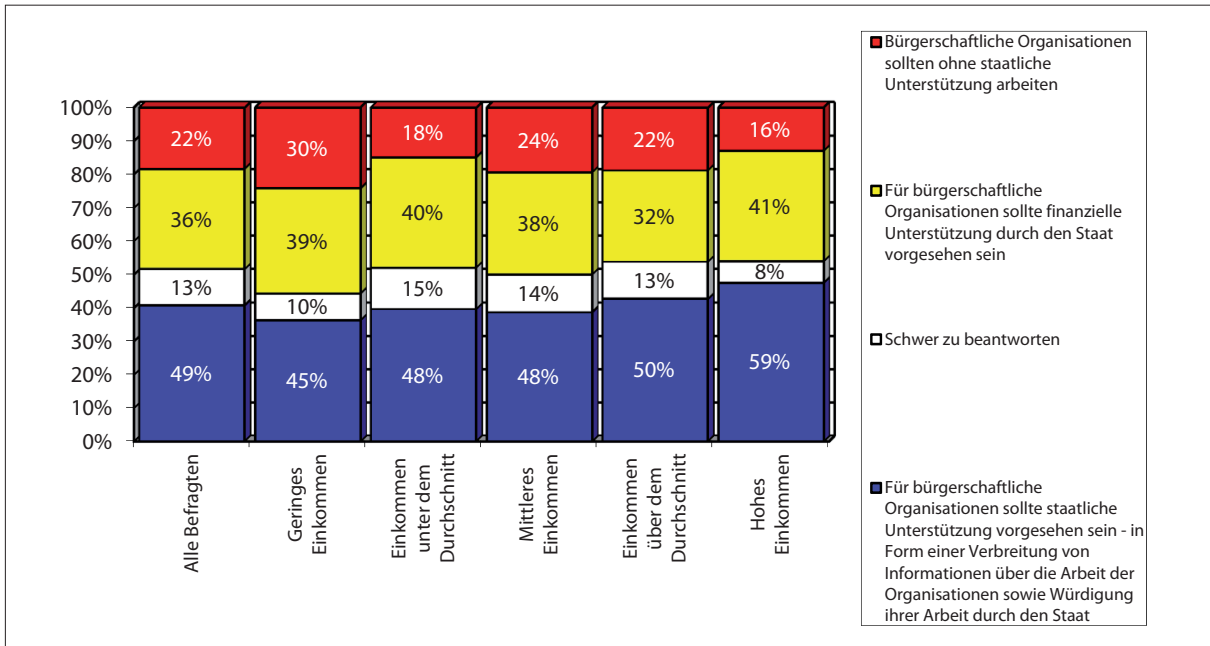
Grafik 8: Inwieweit sind Sie einverstanden mit der Aussage, dass die Dinge im Land sich in die richtige Richtung entwickeln? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM, vom 21.–22. März 2015, N = 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115215>>, 6. April 2015

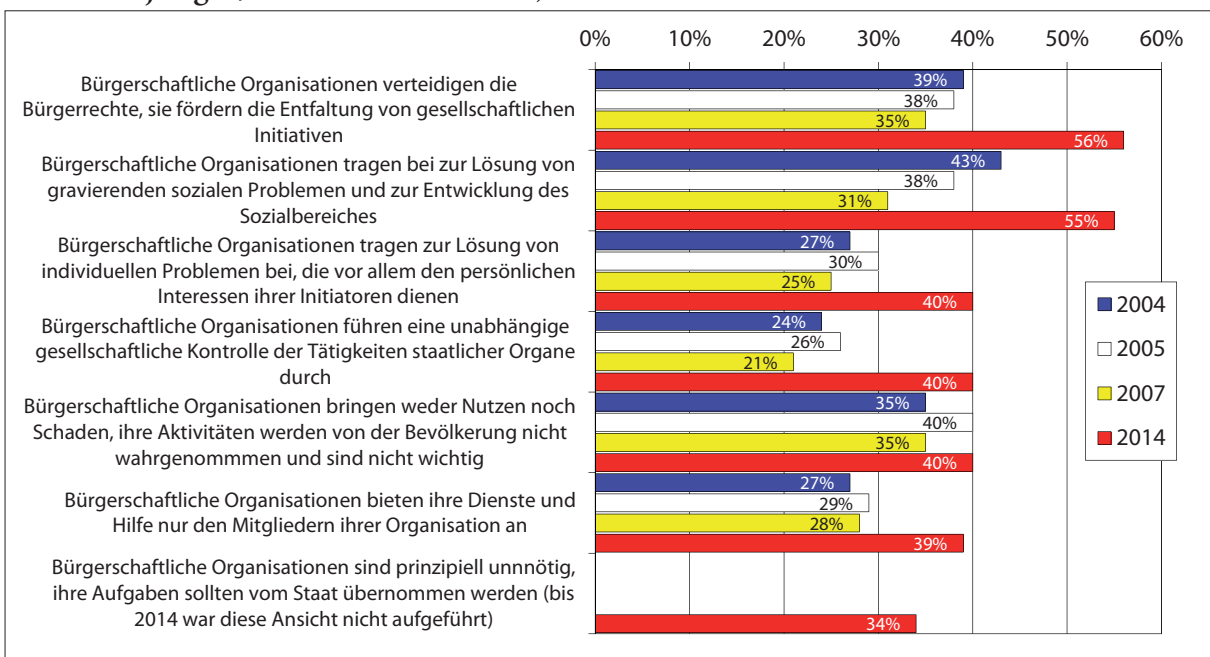
Braucht unsere Gesellschaft bürgerschaftliche Organisationen?

Grafik 9: Was meinen Sie, wie sollte die Beziehung zwischen bürgerschaftlichen Organisationen und dem Staat gestaltet sein? (geschlossene Fragen, nicht mehr als zwei Antworten)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM, vom 5.–6. Juli 2014, N = 1600 <<http://wziom.ru/index.php?id=459&cuid=114932>>, 15. August 2014

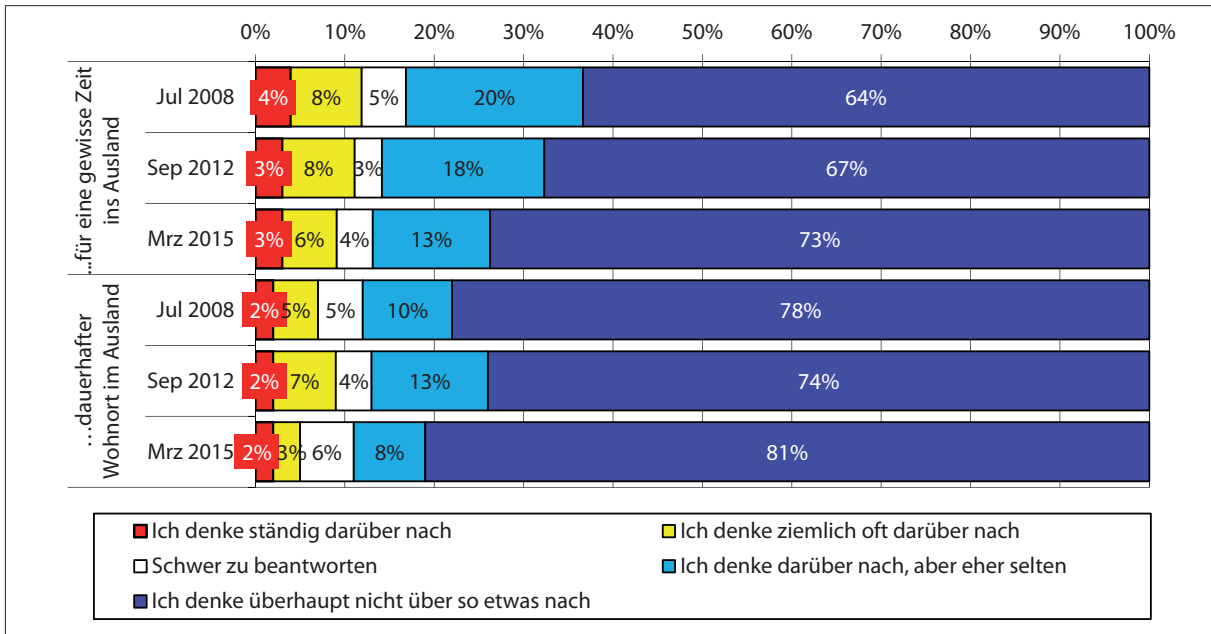
Grafik 10: Mit welchen der folgenden Ansichten über die Rolle und Aktivitäten von bürgerschaftlichen Organisationen sind Sie einverstanden? (geschlossene Frage, Anteil derjenigen, die einverstanden sind)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM, vom 5.–6. Juli 2014, N = 1600 <<http://wziom.ru/index.php?id=459&cuid=114932>>, 15. August 2014

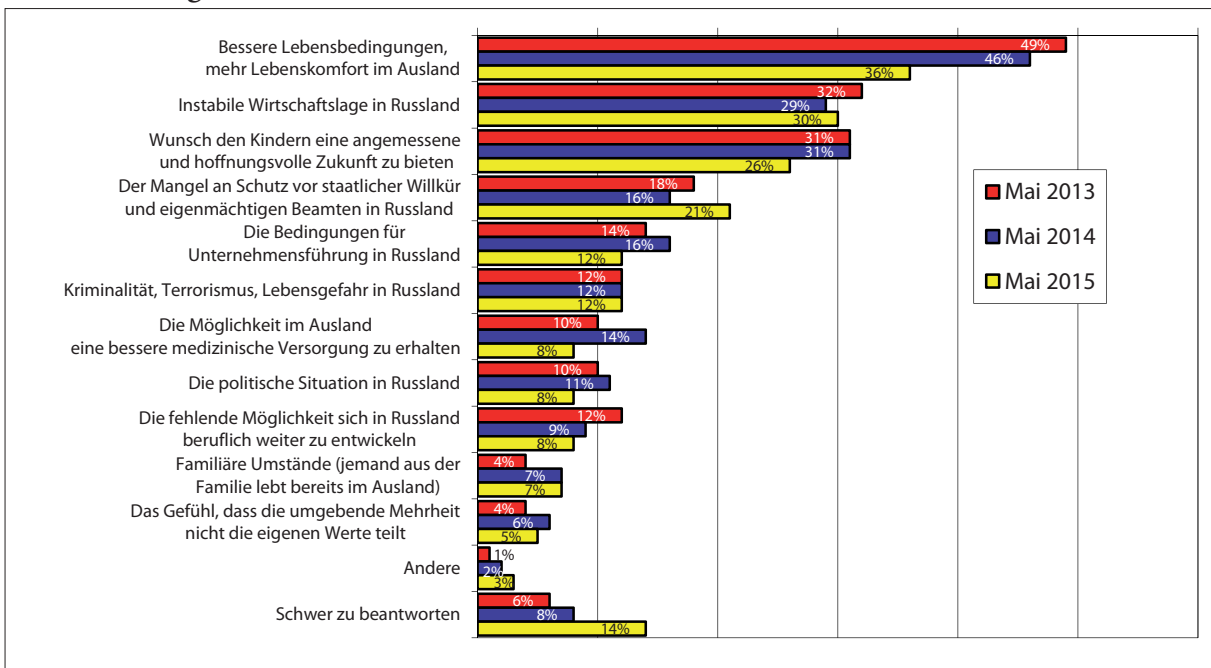
Emigrationstendenzen

Grafik 11: Haben Sie schon einmal über die Möglichkeit nachgedacht aus Russland wegzugehen... wenn ja, wie oft?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–16. März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/20-03-2015/chemodan-nye-nastroeniya>>, 22. März 2015

Grafik 12: Was bewegt Sie dazu über Emigration nachzudenken? (in % der Gesamtzahl derjenigen, die bereits zu ihrer Emigrationstendenz befragt wurden; mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–16. März 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/20-03-2015/chemodan-nye-nastroeniya>>, 22. März 2015

Der Tag des Sieges – National- oder Volksfeiertag?

Am 9. Mai wurde in Russland im großen Stil der 70. Jahrestag des Sieges begangen. Im Jubiläumjahr sollten die offiziellen Veranstaltungen auf höchstem Niveau ausgerichtet werden. Zur traditionellen Militärparade am Roten Platz wurden 68 Staatschefs eingeladen. Anders als 2005 und 2010 sind in diesem Jahr Deutschland und die meisten westlichen Länder der Einladung gefolgt und sind angesichts der russisch-ukrainischen Krise der Gedenkfeier in Moskau ferngeblieben. Hauptteilnehmer und wichtigster Adressat sollte aber die Bevölkerung Russlands werden. Seit Jahren versucht der Kreml den 9. Mai, der an Bedeutung zu verlieren schien, als einen gesamtnationalen Feiertag zu etablieren, der zur Geschlossenheit im Volk beitragen soll. So wurde bei den Vorbereitungen zum 70. Jahrestag des Sieges großer Wert auf Öffentlichkeitsarbeit und mediale Darstellung der Feiern gelegt. Der russischen Medienagentur RBK zufolge wurde mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets, das 2015 ganze 7 Milliarden Rubel (rund 120 Millionen Euro) betrug, für PR-Arbeit, Fernsehübertragungen, Internet-Medien und Online-Archive ausgegeben.

Ein Novum bei den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges in Moskau stellte der Massenaufzug eines »Unsterblichen Regiments« dar, an dem neben Präsident Putin Hunderttausende Demonstranten mit den Bildern ihrer Verwandten teilnahmen, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten oder gefallen waren. Der Aufzug hatte erstmals am 9. Mai 2012 in Tomsk nach einem Aufruf des unabhängigen Fernsehsenders TV-2 stattgefunden. In den Jahren 2013 und 2014 schlossen sich bereits über hundert Städte in Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken dieser Initiative an. Im Jahr 2015 übernahm der Staat offiziell die Organisation des Aufzuges in Moskau und den Regionen. Trotz der Gerüchte, dass einige Teilnehmer in diesem Jahr sich im Auftrag staatlicher Behörden oder gegen Geld an dem Gedenkmarsch beteiligten, waren das Ausmaß und die geographische Verbreitung der Aktion beeindruckend. Vor dem Hintergrund der gelungenen Gedenkveranstaltung wird in den Blogs über die Bedeutung des 9. Mai für Russland diskutiert. Der kremlnahe Journalist Michail Budaragin äußert sich begeistert über das Entstehen eines gesamtnationalen Feiertages. Der Nationalpatriot Dmitrij Olschanskij argumentiert, dass der 9. Mai sich in Russland allmählich in Richtung der Nationalfeiertage in den USA und Frankreich wandeln solle. Auch der Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Zentrums Alexej Malaschenko plädiert für die Etablierung eines Nationalfeiertages am 9. Mai, fragt sich aber, ob sich dieser auf Dauer halten werde. Der stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung »Moskowskij Komsomolez« Ajder Mushdabajew kritisiert hingegen Stimmen, die sich begeistert zu einer Gedenkveranstaltung äußerten, die von einem Unrechtsstaat organisiert wurde. Der Historiker und Publizist Sergej Medwedew (nicht zu verwechseln mit dem Autor dieser Zeilen) spricht von einem lediglich imitierten Feiertag.

Budaragin: »Wir haben einen Nationalfeiertag«

»[...] Der Tag des Sieges war immer schon ein besonderer. Sogar in den Neunzigern, als die Hälfte des Landes Bußtat, gelang es, die Erinnerung daran zu bewahren. Im Land der fliegenden Händler und zu Helden gewordenen Banditen war das schwer. Nicht einfach war es auch in den 2000er Jahren, als ein gesättigtes, Konsumenten fett ansetzendes Russland sich zum 9. Mai verhielt wie zu einem Dinner im Fünfsternehotel.

Diesmal aber war alles anders.

Die Loyalisten, Etatisten, Wächter – wie auch immer man sie nennen mag – haben einen unangenehmen Charakterzug: Sie (wir, wir, was für ein »sie« kann es da geben) verfallen oft am falschen Ort und zur falschen Zeit in administrative Begeisterung, die selbst die beste Sache verdirbt. Der 9. Mai war lange das Opfer dieses, unseres Mangels, weswegen die Auseinandersetzungen immer so heftig waren, weswegen es so schmerzlich und kränkend war, wenn sich herausstellte, dass der Feiertag – der gute und wahrhafte Feiertag – durch unser Ereifern zunichte gemacht wurde: alle müssen bekämpft, alle von allem überzeugt werden, es muss etwas laut tönendes herausgepresst werden ... und das ohne Pause, bis zur Heiserkeit.

Wie sich herausstellte, kann man auch das überwinden.

Am 9. Mai 2015 nahmen Hunderttausende die Portraits ihrer Angehörigen, die gekämpft haben, gefallen sind, verschollen sind, überlebt haben, ein hohes Alter erreicht haben, in die Hände und gingen mit ihnen auf die Straße. Und sie gingen ruhig, mit Freude und Würde, wobei sie all denjenigen, die nicht in den Reihen der Sieger stehen konnten, die Möglichkeit gaben, symbolisch, auf selbst gebastelten Plakaten gen Himmel aufzusteigen.

Es gab Fotos und Zeichnungen, einfach, so schien es, Aufnahmen auf Karton geklebt. Aber eine halbe Million Fotos sorgten für eine unglaubliche Verwandlung von uns allen: Es schien, als ob wir alle zusammen sind, wir Lebenden, wir Echten, und wir können in den Medien (ich bin sehr froh, dass die Zeitung »Wsgljad« schon am 8. Mai alle ihre Kolumnen über jene publizierte, die im Krieg gekämpft haben), in den Blogs, im Gespräch es uns erlauben, uns einfach an unsere Großväter zu erinnern, ohne selbst gegen irgendwen um etwas kämpfen zu müssen.

Einfach so...[...]

Ein Volksfeiertag wurde zu einem Nationalfeiertag. Die Leute kamen zusammen, sahen einander an, erinnerten sich an jeden mit Namen, und es stellte sich heraus, wir gehören zusammen, wir leben hier, wir haben hier viel zu tun, ein gemeinsames Gedächtnis, einen von Herzen kommender Stolz, eine große Geschichte und ein persönliches Foto eines Helden.

Dagegen ist kein Kraut gewachsen.

Ich beobachte aufmerksam diejenigen, die aufgrund ihrer Dienstpflicht oder dem Rufe des Herzens folgend in den sozialen Netzwerken herzerweichend lamentieren: Zu jedem 9. Mai hatten sie einen wer weiß wo in Flammen geratene »Buk« [das Flugabwehrraketensystem, das während der Militärparaden in mehreren Städten präsentiert wurde; S.M.]; und diese Meldung wurde dann ausgeschlachtet. Vor dem Hintergrund der allgemeinen ruhigen Feierlichkeiten sah das ziemlich ärmlich aus.

Im Übrigen gab es das traditionelle Grummeln: »Sie haben Eure [St. Georgs]-Bändchen¹ angehängt, sich mit Bändchen behängt, waren betrunken, sie haben nicht gekämpft, Putin hat [das alles für sich] »privatisiert«, sie haben Leichenberge geschaffen, die deutschen Frauen vergewaltigt, Stalin hat Kinder gegessen«. Diese Leier hören wir pausenlos schon seit 10 Jahren. Wen kann sie heute noch ernsthaft berühren? [...]

Lasst uns doch so weitermachen, oder? Wollen wir nicht aufhören, uns immer wieder umzudrehen, nach dem Motto: »Und wie ist es im Westen? Wen kümmert es denn am Tag des Sieges, ob Obama und Merkel gekommen sind? [...]

Und lasst uns auf Folgendes verzichten: »Es gibt das Land, aber »wir stehen hier separat, an der Seite«. Am 9. Mai war es doch ganz deutlich zu sehen: Wir sind das Land. Wir haben nun sogar Feiertage, wie es sich gehört: Der eine ist ein Volksfeiertag – Silvester/Neujahr, der andere ein Nationalfeiertag – der Tag des Sieges. Und beide sind ohne Pathos, sind unsere Feiertage, und man kann sie uns nun nicht mehr nehmen.«

Michail Budaragin in »Wsgljad«, 10.05.2015 <<http://vz.ru/columns/2015/5/10/744550.html>>

Medwedew: Das Fest ohne Tränen in den Augen: Was mit dem Tag des Sieges passiert ist

»[...] Die Haupteigenschaft der Putin-Ära besteht nicht einmal so sehr in der Machtvertikale, in Repression, Korruption und orthodoxer Renaissance; sie besteht in der Imitation aller Institutionen, der Geschichte, der Erinnerung, der Staatsmacht selbst, sie besteht im Sieg einer symbolischen Ordnung über die Realität und den Menschen. Der 9. Mai ist ebenfalls dieser gigantischen Fälschung zum Opfer gefallen. Auf den Straßen laufen gefälschte Veteranen mit selbstgemachten Orden. Viele von ihnen sind eigentlich keine Kriegsveteranen, sondern Veteranen der KPdSU oder des NKWD/KGB. Das Durchschnittsalter der Veteranen, die zu den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges nach Moskau geladen wurden, beträgt 73 Jahre. Von den Plakatwänden schauen gefälschte Plakate herab, wo Designer, die per Anzeigen gefunden wurden (die »Aneignung« öffentlicher Gelder, die für patriotische Werbung bestimmt waren, ist ein eigenes Thema), Parolen zum Tag des Sieges illustrieren, mit Bildern aus zahlreichen Foto-Datenbanken, mit Bildern von amerikanischen Soldaten, israelischen Panzern oder gar Piloten der [deutschen] Luftwaffe. Im Fernsehen werden kolorierte Fassungen der sowjetischen Filme »Nur die Alten ziehen ins Gefecht« und »17 Augenblicke des Frühlings« gezeigt, in den Kinos laufen »Stalingrad« auf Zelluloid und der trashige Streifen »Die Sonne, die uns täuschte 2« [...]. Der Fleischwolf der Putinschen Postmoderne hat den 9. Mai zermahlen und trostloses Hackfleisch produziert. Selbst das Haupt-symbol des Sieges, das St. Georgs-Bändchen, ist zum universellen Markenzeichen geworden, es wird angeklebt, wo es gerade passt, auf Badelatschen und Unterhosen, auf Wodkaflaschen und deutsches Bier. Das St. Georgs-Band ist heute irgendwie zur Weihnachtsdekoration geworden, mit der im Dezember alles vollgehängt wird, weil die Seele ein Fest will.

Jetzt wollen die Menschen auch ein Fest, bekommen aber letztendlich einen Schnuller. Der Erinnerungsort wird zum Ort des Vergessens, und das ist wahrscheinlich das härteste aller Urteile für das derzeitige Regime, das nur Simulacra produziert, der souveränen Demokratie, der Modernisierung, des Imperiums und nun eben ein Simulacrum des Sieges. Man wollte Geschichtspolitik und den Reichsmythos, bekam aber Kitsch und Pop, »Danke dem Großvater auf der Heckscheibe und »Die Veteranen des Donbass« auf der Mattscheibe. [...]

Sergej Medwedew auf [forbes.ru](http://www.forbes.ru), 08.05.2015 <<http://www.forbes.ru/mneniya-column/tsennosti/288069-prazdnik-bez-slez-na-glazakh-chto-sluchilos-s-dnem-pobedy>>

Olschanskij: Ich erinnere mich an das, was ohne mich war

»Im Netz gab es gestern die zu erwartenden Schändlichkeiten darüber, dass sich das derzeitige Volk mit dem Bändchen einen fremden Feiertag »angeeignet« hat.

Die Veteranen, ja; die Toten auch. Diese Lebenden, Russen, Jungen – nein, das brauchen wir nicht.

Jede nationale Kultur enthält auch Elemente der »Aneignung«.

¹ Gemeint sind die Georgsbänder, ein Teil des »Ruhmesordens« und der Medaille »Zum Sieg über Deutschland« aus dem Zweiten Weltkrieg; sie sind dem »Georgskreuz«, einem Hohen Orden im zarischen Russland entlehnt und symbolisieren patriotischen Stolz; d. Red.

Den amerikanischen 4. Juli, zu dessen Analogon unser Tag des Sieges nun wohl wird, feiern auch nicht gerade dieselben Menschen, die zusammen mit den ›Großvätern‹ Washington und Jefferson gegen die Engländer gekämpft haben.

Es wird aber gefeiert, fröhlich, ausgelassen und ohne jede Hemmung.

Genauso feiern am 14. Juli in Frankreich wohl kaum die echten Teilnehmer des Sturmes auf die Bastille; und man denkt sogar, so fürchterlich das auch sein mag, kaum darüber nach, ob man damals die Bastille überhaupt hätte stürmen sollen.

Ihnen reicht vollauf die Tatsache, dass sie zusammen sind, dass sie Franzosen sind, und dass sie einen allgemeinen französischen Feiertag haben. [...]

Alles Schöne und Wichtige auf der Welt, auch eine Nation, eine Kultur, ein Symbol, funktionieren nur dann, wenn Sie etwas, was nicht mit Ihnen selbst, sondern zeitlich und örtlich weit von ihnen entfernt geschah, als etwas eigenes, anverwandtes erleben.

Auf diesen Vorstellungen, aber zugleich auch auf dem wahren Erleben ›beruht eben alles‹. [...]

Dmitri Olschanski auf Facebook, 10.05.2015 <<https://www.facebook.com/spandaryan/posts/936608519693300>>

Malaschenko: »Feiertag für immer?«

»Wie hat sich unsere Gesellschaft nach einem gesamtationalen Feiertag geseht! Nun erhalten wir ihn anscheinend. Es schien, als ob die theatralisierte, schwerfällige Parade und schließlich das Feuerwerk gestern zu dessen Höhepunkt werden würden. Es kam jedoch anders: Zum Hauptereignis wurde der Aufzug einer halben Million Menschen in Moskau, das ›Unsterbliche Regiment‹. Das ›Regiment‹ hat dem Tag des Sieges das Intime zurückgegeben. Es hat ihn wieder zum Familienfeiertag gemacht (der er früher war), aber auch zu einem Staats-Familienfeiertag. Zuerst war es in Tomsk (man möge mir verzeihen, falls ich mich irre), wo man die Idee hatte, mit Portraits von Verwandten in den Händen zu marschieren. Die Person, die auf die Idee dieser einfachen menschlichen Geste kam, ist ein großer, naturbegabter Polit-Technologe. Es kann natürlich durchaus sein, dass mehrere Menschen eine solche Idee hatten.

Es gab Portraits, es gab den Stolz auf die Verwandten, es gab ›Freude mit Tränen in den Augen‹ – diese Worte verlassen einen nicht. Was es aber nicht gab, das waren Stalin und die Sowjetmacht. Dafür war der Präsident da, der, wie es das Fernsehen sehr professionell gezeigt hat, mit dem Volk ging und wie ein einfacher Teilnehmer des Aufzuges aussah, das heißt, als *einer von uns* (selbst die unvermeidliche Bewachung war nicht allzu auffällig). Ich würde mich nicht wundern, wenn die Umfragewerte des Präsidenten in jenem Moment 100% erreicht haben sollten. Ja, das war Populismus, aber ein aufrichtiger Populismus.

Und noch etwas: Eine halbe Million auf den Straßen Moskaus ist eine ernstzunehmende Botschaft an die Opponenten Putins: Sein Regime ist tatsächlich gefestigt, offenbar nicht nur an den Feiertagen. [...]

Putin ist es also gelungen, den 9. Mai in einen Nationalfeiertag umzuwandeln. Doch wie wird der im nächsten Jahr, ohne rundes Jubiläum aussehen? Wie lange wird der Sieg in einem Krieg, der immer weiter in die Geschichte rückt, den nationalen Feiertag tragen können? Wir werden es sehen. Noch aber haben wir keinen anderen gesamtationalen Feiertag, und es ist auch keiner in Sicht.«

Alexej Malaschenko auf Echo Moskwy, 10.05.2015 <<http://echo.msk.ru/blog/malashenko/1545924-echo/>>

Muschdabajew: Genau auf diese Weise wird Sklaverei konserviert

»Wie einfach haben sie es doch mit uns. Die Methode ist simpel: Dem reflektierenden Menschen wird eine Atmosphäre derart auswegloser Hölle geschaffen, dass es reicht, plötzlich etwas Anständiges zu organisieren, damit alle sich gleich seelenruhig entspannen.

Bei all dem sowjetisch-stalinschen Trash, den politischen Morden, Gefängnissen, dem Krieg mit den Ukrainern, dem obszönen Wahnsinn rund um den Tag des Sieges taucht plötzlich das ›Unsterbliche Regiment‹ auf, das sie dem Fernsehsender TV-2 abgeknöpft haben, den sie [später] selbst (vor unseren hilflosen Augen) dicht gemacht haben. Wir werden nun lieber, munterer, ›weil alles nicht so schlimm ist, weil es Hoffnung gibt, weil ja doch noch etwas Menschliches geblieben ist‹ und so weiter und so fort.

Genau auf diese Weise wird die Sklaverei konserviert. [Uns] Jeden Tag mit Mist zu füttern, im Dreck wälzen zu lassen, zu Vieh zu machen, und manchmal eine Wäsche und etwas Leckeres zu essen gewähren. Und schon sind wir froh (›Das Leben geht weiter!‹). In der Realität aber marschieren wir unter ihrer Führung weiter in die Hölle, dafür aber mit leuchtenden Gesichtern und Portraits der Verwandten in den Händen.

P.S. Ich schimpfe nicht auf das ›Unsterbliche Regiment‹ und will auch nicht ›die Erinnerung verhöhnern‹, falls das jemand noch nicht kapiert hat. Dies ist kein Post über den Tag des Sieges. Um jenen Krieg geht es hier gar nicht.«

Ayder Muzhdabaev auf Facebook, 10.05.2015 <<https://www.facebook.com/ayder.muzhdabaev/posts/965786270121915>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

7. – 21. Mai 2015

07.05.2015	Aktivist*innen der Gruppe »Glawplakat« hängen in Moskau ein weiteres Banner auf, mit den Köpfen von Michail Kasjanov, Ilja Jasnin, Gennadij und Dmitrij Gudkow sowie Alexej Nawalnyj, die vor der deutschen Fahne und der Überschrift »Die Deutschen helfen ihnen« zu sehen sind. Anlass sei ein geplantes Treffen zwischen Kanzlerin Merkel und Vertretern der russischen Opposition in Moskau. Gudkow und Nawalnyj dementieren, dass ein solches Treffen geplant sei.
07.05.2015	Präsident Putin telefoniert mit dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras. Themen sind die während des April-Besuchs von Tsipras geschlossenen Vereinbarungen, u. a. über den griechischen Teilabschnitt des neuen Gaspipeline-Systems »Turkish Stream«. Putin bestätigte Russlands Bereitschaft, sich finanziell an diesem Abschnitt zu beteiligen.
07.05.2015	Außenminister Lawrow und sein deutscher Amtskollege Steinmeier gedenken gemeinsam an der russischen und deutschen Kriegsgräberstätte sowie der Gedenkstätte Mamajew Kurgan in Wolgograd, dem ehemaligen Stalingrad, der Gefallenen des Krieges. Sie führen darüber hinaus bilaterale Gespräche.
07.– 10.05.2015	Anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges reisen eine Reihe von Staatsoberhäuptern nach Moskau. Präsident Putin trifft am Rande der Veranstaltung u. a. den kubanischen Staatschef Raul Castro, den mongolischen Präsidenten Elbegdordsch, den belarussischen Präsidenten Lukaschenka, den chinesischen Staatschef Xi Jinping, den kasachischen Präsidenten Nasarbajew, den südafrikanischen Präsidenten Zuma, den tschechischen Präsidenten Zeman, den ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi, den vietnamesischen Präsidenten Truong Tan Sang, den Präsidenten Zimbabwes Mugabe sowie den indischen Präsidenten Pranab Mukherjee (dessen Land mit Soldaten an der Parade beteiligt ist) sowie UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon zu individuellen Gesprächen. Darüber hinaus findet ein informelles Treffen der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten sowie des Rates der Eurasischen Wirtschaftsunion statt.
07.05.2015	Nach Angaben des Nationalen Anti-Terror-Komitees werden in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala drei mutmaßliche Kämpfer im Rahmen einer Spezialoperation in einem mehrstöckigen Wohnhaus getötet. In der Wohnung werden Waffen und Munition beschlagnahmt.
07.05.2015	Treffen der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Themen sind die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten am 9. Mai sowie die Sicherheit der internationalen Staatsgäste.
07.05.2015	Gegen sechs der 65 am 6. Mai 2015 auf dem Bolotnaja-Platz festgenommenen Oppositionellen, die in Erinnerung an die Proteste 2012 demonstriert hatten, wird ein verwaltungsrechtliches Verfahren eröffnet. Die Übrigen werden freigelassen.
08.05.2015	Gegenüber dem Radiosender »Echo Moskwy« wird ein Plakat mit dem Schriftzug »Äußerungen von Halunken« aufgehängt. Darauf sind Zitate der Journalisten Ajder Mushdabajew, Alexandr Ryklin, Michail Kosyrew, des Fernsehproduzenten Michail Bogomolow sowie des Schauspielers Maxim Witorgan zu lesen. Laut »Glawplakat« hätten sie sich diese u. a. kritisch zum Tragen von St. Georgs-Bändern geäußert.
08.05.2015	Abgeordnete der KPRF bitten in einem Gesuch an die Staatsführung um Begnadigung von im »Bolotnaja-Verfahren« Verurteilten, u. a. von Sergej Udaltow und Leonid Raswoschajew. Diese hätten Reue gezeigt, argumentieren die Abgeordneten.
09.05.2015	Am 70. Jahrestag des Sieges findet auf dem Roten Platz in Moskau die größte und teuerste Siegesparade seit dem Zerfall der UdSSR statt. Es nehmen 15.000 Soldaten, 194 Einheiten Militärtechnik sowie 143 Militärflugzeuge und -hubschrauber teil. Als ein Höhepunkt gilt die Präsentation des neuen russischen Panzers T-14 »Armata«. Über 2.000 Veteranen sowie eine Reihe offizieller Vertreter aus dem Ausland nehmen als Ehrengäste auf den Tribünen Platz. Im Anschluss an die Parade legen Präsident Putin und die ausländischen Staatsgäste am Grab des unbekanntesten Soldaten Kränze nieder.
09.05.2015	An den Feierlichkeiten zum 9. Mai nehmen im ganzen Land rund 12 Millionen Menschen teil. In vielen Städten finden Gedenkmärsche unter dem Namen »Unsterbliches Regiment« statt. In Moskau beteiligen sich etwa 500.000 Menschen mit Porträts ihrer Angehörigen und gedenken der Gefallenen. Präsident Putin schließt sich mit einem Porträt seines Vaters, der ebenfalls an Front der gekämpft hatte, dem Zug an.
10.05.2015	Präsident Putin empfängt Bundeskanzlerin Merkel, die zum Gedenken an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in Moskau ist. Merkel nimmt nicht an der Siegesparade teil, legt jedoch einen Tag später gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Kränze am Grab des Gefallenen Soldaten nieder. In den anschließenden Gesprächen werden die Probleme in den bilateralen Beziehungen und die Lage in der Ostukraine thematisiert.

10.05.2015	Das russische Rettungs- und Suchteam, das zwei Wochen lang nach dem Erdbeben in Nepal bei der Suche nach Verschütteten geholfen hat, kehrt nach Moskau zurück. Nach Angaben des russischen Katastrophenschutzministeriums wurden 96 Gebäude durchsucht, an 59 Orten gearbeitet sowie ca. 109 km ² Fläche durchsucht.
11.– 21.05.2015	In der russischen Hafenstadt Noworossijsk findet eine gemeinsame Übung der russischen und chinesischen Marine statt. An der Übung »Marine-Kooperation-2015« nehmen 10 russische und chinesische Kriegsschiffe teil. Beide Seiten erklären, dass es sich um ein reguläres Manöver handle, das sich nicht gegen Drittländer richte und nicht mit der politischen Situation in der Region zusammenhänge.
11.05.2015	Die Moskauer Stadtverwaltung teilt mit, dass es kein Denkmal für Boris Nemzow in der Stadt geben wird. Den Vorschlag dazu hatte der Dumaabgeordnete Dmitrij Gudkow eingereicht. Begründet wurde die Absage mit der fehlenden Anordnung des Bürgermeisters oder des Präsidenten. Andernfalls könne ein Denkmal erst zehn Jahre nach dem Tod einer Persönlichkeit errichtet werden. Präsident Vladimir Putin hatte während seiner Fernsprechstunde am 16. April erklärt, dass die Entscheidung über ein Denkmal für Nemzow bei der Moskauer Administration liege.
12.05.2015	Vertreter der Oppositionspartei RPR-PARNAS stellen in Moskau einen Bericht über die Präsenz russischer Soldaten in der Ostukraine vor (»Putin. Krieg«). Der im Februar ermordete Oppositionspolitiker Boris Nemzow hatte u. a. Datenmaterial über 70 Militärangehörige gesammelt, die bei den Kämpfen um die Stadt Debalzeve (Donbass) Anfang des Jahres getötet worden seien.
12.– 16.05.2015	Präsident Vladimir Putin leitet eine einwöchige Serie von Beratungen in Zusammenarbeit mit der Leitung des Verteidigungsministeriums und Vertretern des militärisch-industriellen Komplexes ein. Themen sind die Modernisierung und Weiterentwicklung der russischen Streitkräfte sowie der Verteidigungsindustrie. Auch die Umsetzung staatlicher Beschaffungsmaßnahmen, die Ausrüstung der Atom- sowie der russischen Weltraumstreitkräfte wird diskutiert.
12.05.2015	Präsident Wladimir Putin trifft in Sotschi den amerikanischen Außenminister Kerry. Zentrales Thema ist die Ukraine-Krise. Es wird auch über andere internationale Krisenherde gesprochen. Kerry trifft neben Putin auch seinen Amtskollegen Lawrow. Die Gespräche werden von beiden Seiten als konstruktiv gewertet.
13.05.2015	Die russische Strafvollzugsbehörde FSIN gibt bekannt, dass im Rahmen der Amnestie zum 9. Mai über 4.300 Gefangenen entlassen wurden. Die präsidiale Amnestie erstreckte sich nicht auf politische Gefangene. Insgesamt sollen innerhalb eines halben Jahres rund 60.000 Häftlinge freigelassen werden.
13.05.2015	Das russische Arbeitsministerium teilt mit, dass es in 66 föderalen Subjekten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben hat. Zum 6. Mai 2015 seien ca. 1,1 Millionen Arbeitslose registriert, das bedeute einen Anstieg um 0,7 %.
13.05.2015	Präsident Putin telefoniert mit dem indischen Premier Narendra Modi. Themen des Gesprächs sind gemeinsame Wirtschafts- und Handelsprojekte sowie die Teilnahme Indiens an den Gipfeltreffen der BRICS und der Shanghai Cooperation Organisation diesen Sommer in Russland.
13.05.2015	Das russische Unternehmen »Spezstroj« gibt bekannt, dass der erste, 100 km lange Bauabschnitt der Eisenbahnverbindung zwischen der »Transsib« und dem Kosmodrom »Wostotschnyj« nach 2 ½ Jahren fertiggestellt wurde. Die Bahnstrecke ist vor allem für Lieferungen für die Trägerrakete Sojus 2 bestimmt.
13.05.2015	Ein Moskauer Gericht hat einen Antrag der Strafvollzugsbehörde FSIN und der Staatsanwaltschaft abgelehnt, die Bewährungsstrafe für Alexej Nawalnyj in eine 5-jährige Haftstrafe umzuwandeln. Nawalnyj hatte mehrfach gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen, indem er an öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen teilgenommen hatte.
14.05.2015	Der 26. Konvoi mit Hilfsgütern für die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk überquert mit ca. 1100 Tonnen humanitäre Güter (u. a. Lebensmittel, Bau- und Bildungsmaterialien) die russisch-ukrainische Grenze.
14.05.2015	Die Arbeiter des Kosmodroms »Wostotschnyj« gründen angesichts ausbleibender Gehälter eine eigene Gewerkschaft. Die Gewerkschaft steht Arbeitern und Angestellten des Projektes offen, unabhängig davon, für welche Subunternehmen sie arbeiten. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte vor kurzem mitgeteilt, dass im Zusammenhang mit der Nichtauszahlung von Löhnen am Kosmodrom »Wostotschnyj« 20 Strafverfahren gegen 228 Personen eröffnet wurden. Die Summe immer noch ausstehender Löhne betrage rund 10 Millionen Rubel (ca. 177.000 Euro).
15.05.2015	Nach Angaben des föderalen Migrationsdienstes leben derzeit ca. 2,5 Millionen Ukrainer in Russland, darunter 970.000 Flüchtlinge aus der Ostukraine. In Russland seien bisher für humanitäre Unterstützung dieser Flüchtlinge etwa 11 Milliarden Rubel (rund 195 Millionen Euro) ausgegeben worden.

15.05.2015	Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des Präsidenten, kommentiert die Entscheidung einer Reihe von Gouverneuren, vorzeitig zurückzutreten und vorgezogene Wahlen anzustreben. Er erklärt dies mit dem Wunsch der Gouverneure, das Vertrauen der Bevölkerung in sie zu stärken. In einer Reihe von Föderationssubjekten finden im Herbst Gouverneurswahlen statt. Vertreter der Fraktion »Jabloko« im Regionalparlament von St. Petersburg hatten gefordert, die derzeitige Praxis, dass Gouverneure vorzeitig Neuwahlen durch einen Rücktritt herbeiführen können, verbieten zu lassen. Sie erklärten, dass die Gouverneure durch einen »fiktiven Rücktritt« ihre Amtszeit zu verlängern suchten.
15.05.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das nicht-registrierten Gruppierungen bzw. juristischen Personen verbietet, sich als »Partei« zu bezeichnen. Am selben Tag wird bekannt, dass das Justizministerium die Fortschrittspartei von Alexej Nawalnyj auf die Liste der politischen Parteien gesetzt hat, die ihre Tätigkeit eingestellt haben. Nawalnyjs Partei wurde aufgefordert, ihren Namen zu ändern.
16.05.2015	Eine »Proton-M«-Trägerrakete stürzt in Sibirien ab. Die Rakete war vom Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan gestartet. Die russische Raumfahrt hatte bereits eine Woche zuvor den Verlust des unbemannten Raumfrachters »Progress M-27-M« zu verzeichnen, der manövrierunfähig beim Eintritt in die Erdatmosphäre verglühte. Gründe sollen Materialfehler beim Antrieb und Überfrachtung gewesen sein.
16.05.2015	Nach einer Studie des Lewada-Zentrums unterstützen derzeit 77 % der Russen das Gesetz zum Verbot homosexueller Propaganda. Im Jahr zuvor waren es noch 67 %. Ein Drittel der Russen (37 %) sieht Homosexualität demnach als Krankheit an, die geheilt werden müsse.
16.05.2015	In Moskau findet der Gründungsparteitag der Unternehmerpartei von Oksana Dmitrijewa und Ivan Gratschew statt. Die Duma-Abgeordneten waren vor kurzem aus der Partei »Gerechtes Russland« ausgetreten mit dem Ziel eine neue wirtschaftsfreundliche Partei zu gründen. Als Parteivorsitzende wurde Olga Schirokowa gewählt. Die Partei plant nun Filialen in den Regionen zu gründen und sich beim Justizministerium registrieren zu lassen.
17.05.2015	Nach Angaben des estnischen Bahnunternehmens »GoRail« wird die Verbindung zwischen Russland und Estland (Moskau–Tallin) eingestellt. Gründe für die Einstellung seien die Kosten und geringe Rentabilität der Strecke. Am 10. Mai hatte »GoRail« bereits die Verbindung Tallin–Sankt Petersburg eingestellt.
17.– 19.05.2015	Die amerikanische Sonderbeauftragte für Europa und Eurasien, Victoria Nuland, ist zu Gesprächen in Moskau. Themen sind die russisch-amerikanischen Beziehungen sowie die Ukraine-Krise, insbesondere die Arbeit der Untergruppen im Rahmen der Ukraine-Kontaktgruppe. Neben einer Reihe von Regierungsvertretern trifft Nuland auch Vertreter der Zivilgesellschaft. Die Gespräche mit Nuland werden als pragmatisch gewertet.
18.05.2015	Auf der Krim findet anlässlich des 71. Jahrestages der Deportation der Krimtataren ein kollektives Gedenken durch alle ansässigen Konfessionen statt. Um 11 Uhr wird gleichzeitig in allen Kirchen, Moscheen und Kenessas (Synagogen) gebetet. In Simferopol hingegen, hat das Oberhaupt der Republik Krim Sergej Aksjonow der Durchführung von öffentlichen Gedenkveranstaltungen eine Absage erteilt, »um den Trauertag nicht zu politisieren«.
18.05.2015	Nach Angaben des Duma-Abgeordneten Dmitrij Gudkow wird es keine parlamentarische Untersuchung des Mordes an Boris Nemzow geben. Gudkow hatte einen Antrag an den Duma-Vorsitzenden Sergej Naryschkin gestellt und eine Absage mit der Begründung erhalten, dass eine parlamentarische Untersuchung keine Strafermittlung leisten könne.
18.05.2015	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anordnung, die die Beendigung des Transits von militärischem Gerät und Waffen für Afghanistan über russisches Territorium vorsieht. Die Entscheidung wird mit der erloschenen Handlungsgrundlage für die UN-Resolution 1386 (ISAF-Einsatz) erklärt. Medwedew weist an, ausländische Regierungen und internationale Organisationen über die Entscheidung zu informieren.
18.– 19.05.2015	Nach ukrainischen Geheimdienstangaben werden zwei russische Soldaten in der Nähe der ukrainischen Stadt Stschastje im Gebiet Luhansk festgenommen. Die beiden Männer sollen Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes (GRU) sein. Vertreter der »Volksrepublik« Luhansk sprechen von Freischärlern. Die ukrainische Regierung verfasste eine Protestnote an das russische Außenministerium.
19.05.2015	Die russische Menschenrechtlerin und Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, Ljudmila Alexejewa, wird auf eigenen Wunsch wieder in den Menschenrechtsrat beim Präsidenten aufgenommen. Präsident Putin stimmt der Aufnahme zu. Nach Angaben Alexejewas gibt es derzeit keinen anderen Hebel, um auf die Rechtsituation in Russland Einfluss zu nehmen. Sie möchte sich vor allem der Thematik der Registrierung von NGOs als ausländische Agenten annehmen.
19.05.2015	Der Leiter der Kanzlei von Ramsan Kadyrov, Magomed Daudov, spricht sich für die Legalisierung der Vielehe aus. Bei der Vielehe handele es sich um eine weitverbreitete Praxis, weshalb es angebracht sei diese zu regulieren. In der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj hatte am 16. Mai ein 47-jähriger tschetschenischer Beamter ein minderjähriges Mädchen in zweiter Ehe geheiratet. Die Angelegenheit hatte in ganz Russland zu Debatten geführt.

19.05.2015	Das russische Eisenbahnunternehmen »RShD« gibt bekannt, dass noch in diesem Jahr eine neue Hochgeschwindigkeitsverbindung Moskau–Berlin eröffnet wird. Durch ausziehbare Radpaare werde auch das Problem des Übergangs von der Breitspur zur europäischen Normalspur gelöst und keine verzögernden Halte mehr nötig sein.
19.05.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz über die Möglichkeit, ausländische oder internationale Nichtregierungs-Organisationen mit dem Status »unerwünscht in Russland« zu versehen. In solchen Fällen wird den Organisationen die weitere Tätigkeit unter Androhung von Verwaltungsstrafen untersagt. »Unerwünscht« können Organisationen genannt werden, wenn sie die russische Verfassungsgrundlage, die Verteidigungsfähigkeit oder Sicherheit Russlands bedrohen. Das Gesetz sieht ein spezielles Register für diese Organisationen vor.
19.05.2015	Die russische Staatsduma hat in dritter Lesung einen Gesetzentwurf der Regierung angenommen, der die Möglichkeit für russische Staatsbürger eröffnet, das russische Verfassungsgericht online anzurufen. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf Direktübertragungen aus den Gerichtsverhandlungen im Internet vor (dies gilt nur bei öffentlichen Verhandlungen).
20.05.2015	Die ersten zwei NGOs, das »Zentrum für zivilgesellschaftliche Initiative« in Kostroma und das »Zentrum GRANI« in Perm erreichen, dass sie von der Liste der ausländischen Agenten wieder gestrichen werden. Nach Kontrollen durch das Justizministerium wurde bestätigt, dass die beiden Organisationen sich innerhalb eines Jahres nicht politisch betätigt und keine ausländische Finanzierung erhalten hatten.
20.05.2015	Der 27. Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums ist in der Donbass-Region angekommen.
21.05.2015	Präsident Putin empfängt den irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi in Moskau. Die russische Seite hat al-Abadi eingeladen um die Zusammenarbeit mit dem Irak, vor allem in den Bereichen Investitionen, Handel und Energie, zu stärken. Es wurde nicht ausgeschlossen, dass es auch um die militärisch-technische Zusammenarbeit gehen würde. Al-Abadi trifft bei seinem Besuch auch auf Ministerpräsident Medwedew.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>